

34a Prüfungsfragen PDF kostenlos

100 prüfungsnahe Übungsfragen aus allen sieben Sachgebieten – mit getrenntem Lösungsschlüssel und kurzen, verständlichen Erklärungen.

[100 FRAGEN](#)[ALLE 7 SACHGEBIETE](#)[DRUCKFREUNDLICH](#)

✓ Zuletzt redaktionell geprüft am 23. Juli 2026

Wichtig

Dieses PDF enthält eigene, prüfungsnahe Übungsfragen. Es handelt sich nicht um originale oder geleakte IHK-Prüfungsfragen. Die Originalfragen der IHK sind nicht öffentlich. Das PDF ersetzt keine individuelle Rechtsberatung.

Fachlicher Prüfstand

23. Juli 2026

Frageformate

Einzel- und Mehrfachauswahl

Lösungen

Getrennter Lösungsschlüssel + kurze Erklärungen

Herausgeber

34a Master

Interaktiv weiterlernen

Fragen online üben, Fortschritt speichern und schwierige Themen gezielt wiederholen:

34a-master.de/34a-pruefungsfragen

Inhaltsverzeichnis

Direkt zu Fragen, Lösungsschlüssel und Erklärungen springen.

Schnelleinstieg

So nutzt du dieses PDF	Seite 3	Die 100 Übungsfragen	Seite 4
Lösungsschlüssel	Seite 42	Lösungen mit kurzen Erklärungen	Seite 43

Fragenteil

1	Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich Gewerberecht	Seite 4
	Fragen 1–15	
2	Datenschutzrecht	Seite 10
	Fragen 16–21	
3	Bürgerliches Gesetzbuch	Seite 13
	Fragen 22–37	
4	Straf- und Strafverfahrensrecht einschließlich Umgang mit Waffen	Seite 18
	Fragen 38–59	
5	Unfallverhütungsvorschrift Wach- und Sicherungsdienste	Seite 27
	Fragen 60–69	
6	Umgang mit Menschen, Deeskalation und interkulturelle Kompetenz	Seite 30
	Fragen 70–92	
7	Grundzüge der Sicherheitstechnik	Seite 39
	Fragen 93–100	

Lösungen & Erklärungen

1	Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich Gewerberecht	Seite 43
	Erklärungen 1–15	
2	Datenschutzrecht	Seite 46
	Erklärungen 16–21	
3	Bürgerliches Gesetzbuch	Seite 48
	Erklärungen 22–37	
4	Straf- und Strafverfahrensrecht einschließlich Umgang mit Waffen	Seite 51
	Erklärungen 38–59	
5	Unfallverhütungsvorschrift Wach- und Sicherungsdienste	Seite 56
	Erklärungen 60–69	
6	Umgang mit Menschen, Deeskalation und interkulturelle Kompetenz	Seite 59
	Erklärungen 70–92	
7	Grundzüge der Sicherheitstechnik	Seite 64
	Erklärungen 93–100	

Weitere Lernmöglichkeiten und Quellen findest du auf Seite 66.

So nutzt du dieses PDF

Bearbeite zuerst den Fragenteil ohne Lösungen. Vergleiche deine Auswahl anschließend mit dem Lösungsschlüssel und lies die kurze Erklärung – auch dann, wenn du zufällig richtig lagst.

1

Fragen beantworten

Bei Einzelauswahl ist genau eine Antwort richtig. Bei Mehrfachauswahl sind maximal zwei Antworten richtig.

2

Lösungen getrennt prüfen

Der Lösungsschlüssel beginnt erst nach allen 100 Fragen.

3

Fehler gezielt wiederholen

Markiere unsichere Themen und übe sie anschließend im interaktiven Fragenkatalog.

Verteilung auf die sieben Sachgebiete

Nr.	Sachgebiet	Fragen
1	Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich Gewerberecht	15
2	Datenschutzrecht	6
3	Bürgerliches Gesetzbuch	16
4	Straf- und Strafverfahrensrecht einschließlich Umgang mit Waffen	22
5	Unfallverhütungsvorschrift Wach- und Sicherungsdienste	10
6	Umgang mit Menschen, Deeskalation und interkulturelle Kompetenz	23
7	Grundzüge der Sicherheitstechnik	8

Hinweis zur Gewichtung

Die Verteilung in diesem Lernset dient einer breiten Übung über alle Sachgebiete. Sie bildet nicht zwingend die exakte Gewichtung jeder echten IHK-Prüfung ab.

Die 100 Übungsfragen

Kreuze deine Antworten an. Die Lösungen beginnen erst nach Frage 100.

1 Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich Gewerberecht

15 Fragen

FRAGE 1

MEHRFACHAUSWAHL

Welche der folgenden Aussagen zur Bindungswirkung und Einschränkung der Grundrechte gemäß dem Grundgesetz (GG) sind zutreffend?

- ☐ A Die Grundrechte binden unmittelbar nur die Gerichte; Gesetzgebung und Verwaltung sind lediglich an einfaches Gesetzesrecht gebunden.
- ☐ B Grundrechte können durch oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden, sofern das jeweilige Grundrecht einen Gesetzesvorbehalt vorsieht.
- ☐ C Art. 1 Abs. 3 GG bindet ausschließlich Bundesbehörden, nicht jedoch Länder und Gemeinden.
- ☐ D Bei einem Grundrecht mit Gesetzesvorbehalt darf ein förmliches Gesetz auch dessen Wesensgehalt antasten, solange der Eingriff verhältnismäßig ist.
- ☐ E Die Grundrechte binden die Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.
- ☐ F Ein privatrechtlicher Vertrag kann den grundrechtlichen Schutz gegenüber späteren staatlichen Eingriffen vollständig ausschließen.

FRAGE 2

MEHRFACHAUSWAHL

Im Rahmen des Rechts der öffentlichen Sicherheit und Ordnung handeln staatliche Behörden hoheitlich. Welche der folgenden Maßnahmen stellen einen Verwaltungsakt (VA) gemäß § 35 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) dar?

- ☐ A Der Abschluss eines Dienstleistungsvertrages zwischen einer Kommune und einem Sicherheitsdienst für den Objektschutz.
- ☐ B Die Erteilung eines Platzverweises durch einen Polizeivollzugsbeamten gegenüber einer störenden Person.
- ☐ C Die bloße Information der Presse durch einen Polizeisprecher über einen Verkehrsunfall.
- ☐ D Die fristlose Kündigung eines Sicherheitsmitarbeiters durch seinen privaten Arbeitgeber.
- ☐ E Die privatrechtliche Bestellung von neuen Uniformen für die Mitarbeiter eines Sicherheitsunternehmens.
- ☐ F Die förmliche Entziehung der Gewerbeerlaubnis für ein Bewachungsunternehmen durch die zuständige Behörde.

FRAGE 3

MEHRFACHAUSWAHL

In welchen der folgenden Fälle handelt ein Polizeibeamter primär im Rahmen der Gefahrenabwehr (präventives Handeln)?

- ☐ A Die Vernehmung eines Zeugen zu einem Fahrraddiebstahl, der sich in der Vorwoche ereignet hat.
- ☐ B Die Sicherstellung einer Schusswaffe bei einer Person, die damit aktuell Passanten bedroht.
- ☐ C Die Festnahme einer Person aufgrund eines richterlichen Haftbefehls wegen eines zurückliegenden Raubüberfalls.
- ☐ D Die Durchsuchung einer Wohnung zur Sicherung von Beweismitteln wegen einer bereits abgeschlossenen Straftat.
- ☐ E Die Absperrung eines einsturzgefährdeten Gebäudes, um das Betreten durch Personen zu verhindern.

FRAGE 4

EINZELAUSWAHL

Welche Aussage fasst die Voraussetzungen einer rechtmäßigen Durchsuchung von Geschäftsräumen durch staatliche Strafverfolgungsbehörden zutreffend zusammen?

- ☐ A Die Polizei darf Geschäftsräume ohne weitere Voraussetzungen durchsuchen, sobald der Inhaber nicht anwesend ist.
- ☐ B Grundsätzlich ist eine richterliche Anordnung erforderlich; ausnahmsweise genügen Gefahr im Verzug oder die wirksame Einwilligung eines Verfügungsberechtigten.
- ☐ C Eine wirksame Einwilligung ist erst beachtlich, nachdem sie von einem Gericht bestätigt wurde.
- ☐ D Eine schriftliche Verdachtsmeldung eines Sicherheitsdienstes ersetzt die strafprozessuale Durchsuchungsanordnung.
- ☐ E Durchsuchungen von Geschäftsräumen dürfen ausschließlich durch die Staatsanwaltschaft persönlich vollzogen werden.
- ☐ F Bei Geschäftsräumen entfällt der Richtervorbehalt vollständig, sofern die Durchsuchung während der üblichen Öffnungszeiten erfolgt.

FRAGE 5

EINZELAUSWAHL

Welche Aussage beschreibt das Wesen des öffentlichen Rechts zutreffend?

- ☐ A Es beruht grundsätzlich auf Privatautonomie und Gleichordnung und wird im Wesentlichen durch das BGB geregelt.
- ☐ B Es regelt nur interne Beziehungen zwischen staatlichen Behörden und entfaltet gegenüber Bürgern keine unmittelbare Wirkung.
- ☐ C Jede Rechtsbeziehung mit Beteiligung einer Gemeinde gehört automatisch zum öffentlichen Recht, auch wenn sie einen gewöhnlichen Kaufvertrag abschließt.
- ☐ D Es regelt insbesondere hoheitliche Rechtsbeziehungen, in denen der Staat dem Bürger typischerweise in einem Über- und Unterordnungsverhältnis gegenübertritt.
- ☐ E Es umfasst ausschließlich Strafrecht und Strafverfahrensrecht, nicht jedoch Gewerbe- oder Polizeirecht.

FRAGE 6

MEHRFACHAUSWAHL

Welche der folgenden Maßnahmen stellen hoheitliche Eingriffe im Sinne des öffentlichen Rechts dar?

- ☐ A Die Geltendmachung einer vertraglich vereinbarten Konventionalstrafe durch ein Sicherheitsunternehmen gegenüber einem Kunden.
- ☐ B Die Anwendung des Selbsthilferechts des Besitzers gemäß § 859 BGB durch einen Wachmann zur Wiedererlangung einer gestohlenen Sache.
- ☐ C Die vorläufige Festnahme einer Person durch die Polizei zur Identitätsfeststellung gemäß der Strafprozessordnung (StPO).
- ☐ D Die Untersagung eines Gewerbebetriebes durch die zuständige Behörde wegen mangelnder Zuverlässigkeit des Gewerbetreibenden.
- ☐ E Die Aussprache eines Hausverbots durch eine private Sicherheitskraft im Auftrag des Grundstückseigentümers.

FRAGE 7

EINZELAUSWAHL

Welche Aussage beschreibt den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei staatlichen Eingriffen zutreffend?

- ☐ A Bei Ermessensentscheidungen ist eine gerichtliche Kontrolle der Verhältnismäßigkeit ausgeschlossen.
- ☐ B Der Grundsatz gilt nur im Strafverfahren, nicht aber bei Maßnahmen der Gefahrenabwehr.
- ☐ C Eine Maßnahme ist bereits verhältnismäßig, wenn sie den angestrebten Zweck möglicherweise fördern kann.
- ☐ D Die Behörde muss stets die für sie kostengünstigste Maßnahme wählen, auch wenn eine andere Maßnahme den Bürger weniger belastet.
- ☐ E Sobald eine gesetzliche Ermächtigung besteht, ist eine weitere Prüfung der Belastungswirkung nicht erforderlich.
- ☐ F Eine belastende Maßnahme muss einem legitimen Zweck dienen sowie geeignet, erforderlich und im engeren Sinne angemessen sein.

FRAGE 8

EINZELAUSWAHL

Welche Aussage fasst einen rechtlich relevanten staatlichen Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG zutreffend zusammen?

- ☐ A Nur eine förmliche Durchsuchung ist ein Eingriff; ein kurzfristiges Betreten zur Gefahrenabwehr fällt nicht unter Art. 13 GG.
- ☐ B Ein Eingriff liegt vor, wenn staatliche Stellen Wohnräume gegen oder ohne den Willen des Berechtigten betreten oder durchsuchen, etwa zur Strafverfolgung oder Gefahrenabwehr.
- ☐ C Ein mit wirksamer Einwilligung erfolgendes Betreten ist stets ein rechtswidriger Eingriff in Art. 13 GG.
- ☐ D Art. 13 GG schützt ausschließlich dauerhaft bewohnte Räume und niemals Geschäfts- oder Nebenräume.
- ☐ E Jedes Betreten eines Treppenhauses durch einen privaten Sicherheitsdienst ist unmittelbar ein staatlicher Grundrechtseingriff.
- ☐ F Eine Verkehrskontrolle eines Fahrzeugs auf öffentlicher Straße ist regelmäßig ein Eingriff in die Wohnung.

FRAGE 9

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort fasst die gesetzlichen Grundvoraussetzungen für den Einsatz einer Wachperson gemäß § 34a GewO und BewachV zutreffend zusammen?

- ☐ A Der Arbeitgeber darf die Zuverlässigkeit selbst prüfen, wenn er das Ergebnis im Bewacherregister dokumentiert.
- ☐ B Eine abgeschlossene Berufsausbildung ersetzt jede behördliche Prüfung und jeden fachlichen Nachweis.
- ☐ C Vorausgesetzt werden stets ein Mindestalter von 21 Jahren und ein amtsärztliches Eignungszeugnis.
- ☐ D Ein Unterrichtsnachweis genügt unabhängig von der Zuverlässigkeitsprüfung für jede Bewachungstätigkeit.
- ☐ E Erforderlich sind grundsätzlich die deutsche oder eine andere EU-Staatsangehörigkeit sowie zwei Jahre Berufserfahrung.
- ☐ F Die zuständige Behörde muss die erforderliche Zuverlässigkeit festgestellt haben, und die Person benötigt den vorgeschriebenen Unterrichtsnachweis oder Sachkundenachweis beziehungsweise eine anerkannte Befreiung.

FRAGE 10

MEHRFACHAUSWAHL

In welchen der folgenden Fallkonstellationen ist der Nachweis einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1 Satz 3 GewO zwingend gesetzlich vorgeschrieben?

- ☐ A Bewachung im Einlassbereich einer gastgewerblichen Diskothek.
- ☐ B Einfacher Objektschutzdienst auf einem eingefriedeten Betriebsgelände ohne tatsächlichen öffentlichen Verkehr.
- ☐ C Einsatz als Geld- und Werttransportfahrer ohne leitende Funktion.
- ☐ D Allgemeine Kundenbeobachtung durch Verkaufspersonal zur Diebstahlprävention, ohne Einsatz als Ladendetektiv.
- ☐ E Pforten- und Telefondienst in einer privaten Verwaltungseinrichtung ohne besondere Konfliktlage.
- ☐ F Durchführung von Kontrollgängen im öffentlichen Verkehrsraum, beispielsweise als Citystreife.

FRAGE 11

MEHRFACHAUSWAHL

Im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfungsverfahrens der Zuverlässigkeit gemäß § 34a GewO ist die zuständige Behörde verpflichtet, Auskünfte über die zu überprüfende Person einzuholen. Welche der folgenden Stellen sind hierfür im Regelverfahren zwingend vorgesehen?

- ☐ A Das Bundesamt für Justiz (unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister).
- ☐ B Das zuständige Gesundheitsamt (Auskunft über die körperliche Eignung).
- ☐ C Die für den Wohnsitz zuständige Landespolizeibehörde (Stellungnahme).
- ☐ D Die zuständige Industrie- und Handelskammer (Auskunft über die Sachkundeprüfung).
- ☐ E Die Agentur für Arbeit (Auskunft über bisherige Beschäftigungsverhältnisse).
- ☐ F Das zuständige Finanzamt (Auskunft über steuerliche Zuverlässigkeit).

FRAGE 12

EINZELAUSWAHL

Welche Kennzeichnung muss eine Wachperson gemäß § 18 Abs. 3 Bewachungsverordnung (BewachV) während der dort genannten Tätigkeiten deutlich sichtbar tragen?

- ☐ A Es genügt, den Dienstausweis mitzuführen; eine sichtbare Kennzeichnung ist bei den genannten Tätigkeiten nicht erforderlich.
- ☐ B Nur den Namen oder das Logo des Gewerbetreibenden; eine Zuordnung zur einzelnen Wachperson ist nicht erforderlich.
- ☐ C Das Firmenlogo auf der Uniform ersetzt in jedem Fall die personenbezogene Kennzeichnung der Wachperson.
- ☐ D Nur den Namen der Wachperson und eine interne Personalnummer, ohne Hinweis auf den Gewerbetreibenden.
- ☐ E Den Namen oder das Logo des Gewerbetreibenden sowie den Namen der Wachperson oder eine ihr zuordenbare Kennnummer.
- ☐ F Eine Kennnummer, die ausschließlich der Arbeitgeber intern entschlüsseln kann und keiner Wachperson eindeutig zugeordnet ist.

FRAGE 13

EINZELAUSWAHL

Welche Rechtsgrundlagen regeln primär die Erlaubnis zum Betrieb eines Bewachungsgewerbes und die besonderen Pflichten bei der Berufsausübung?

- ☐ A Waffengesetz (WaffG) und Gewerbesteuergesetz (GewStG).
- ☐ B Handelsgesetzbuch (HGB) und Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).
- ☐ C Strafgesetzbuch (StGB) und Strafprozessordnung (StPO).
- ☐ D Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) und DGUV Vorschrift 23.
- ☐ E Bewacherregister und Handwerksordnung (HwO) als alleinige Rechtsgrundlagen.
- ☐ F § 34a Gewerbeordnung (GewO) und die Bewachungsverordnung (BewachV).

FRAGE 14

MEHRFACHAUSWAHL

Welche der folgenden Personen sind gemäß der Bewachungsverordnung (BewachV) von der 40-stündigen Unterrichtung im Bewachungsgewerbe befreit?

- ☐ A Personen mit einer erfolgreich abgeschlossenen Laufbahnprüfung für den mittleren Justizvollzugsdienst.
- ☐ B Personen mit Waffensachkunde nach § 7 WaffG, auch ohne einen von der BewachV anerkannten Berufs- oder Laufbahnabschluss.
- ☐ C Personen mit einer erfolgreich abgeschlossenen Laufbahnprüfung für den mittleren Polizeivollzugsdienst.
- ☐ D Personen, die unabhängig vom Zeitpunkt lediglich eine fünfjährige Tätigkeit im Bewachungsgewerbe nachweisen.
- ☐ E Personen nach abgeschlossener allgemeiner Grundausbildung bei der Bundeswehr, ohne Laufbahnprüfung als Feldjäger.
- ☐ F Personen mit einer allgemeinen kaufmännischen Berufsausbildung ohne sicherheitsbezogene Qualifikation.

FRAGE 15

MEHRFACHAUSWAHL

Gemäß § 34a Abs. 1 Satz 3 GewO ist für bestimmte Bewachungstätigkeiten der Nachweis einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung erforderlich. Für welche der folgenden Tätigkeiten gilt diese gesetzliche Verpflichtung zwingend?

- ☐ A Bewachung am Einlass einer geschlossenen Betriebsfeier in einem Veranstaltungsraum, der keine gastgewerbliche Diskothek ist.
- ☐ B Kontrollgänge im öffentlichen Verkehrsraum oder in Hausrechtsbereichen mit tatsächlichem öffentlichen Verkehr.
- ☐ C Bewachung von Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende oder Geflüchtete in leitender Funktion.
- ☐ D Durchführung von Geld- und Werttransporten ohne leitende Funktion.
- ☐ E Einfacher Objektschutzdienst an einer Werkspforte ohne besondere Kontrollaufgaben gegenüber Dritten.
- ☐ F Mobiler Revierwachdienst auf privaten, umfriedeten Betriebsgeländen ohne tatsächlichen öffentlichen Verkehr.

2 Datenschutzrecht

6 Fragen

FRAGE 16

MEHRFACHAUSWAHL

Gemäß Art. 5 Abs. 1 lit. c der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gilt der Grundsatz der Datenminimierung (früher Datensparsamkeit). Welche der folgenden Aussagen beschreiben diesen Grundsatz im Kontext der privaten Sicherheitswirtschaft korrekt?

- ☐ A Die Erhebung personenbezogener Daten muss auf das für den jeweiligen Verarbeitungszweck notwendige Maß beschränkt sein.
- ☐ B Die verarbeiteten Daten müssen dem festgelegten Zweck angemessen und sachlich erheblich sein.
- ☐ C Bei Zutrittskontrollen dürfen vollständige Ausweiskopien aller Besucher gespeichert werden, ohne zu prüfen, ob geringere Angaben ausreichen.
- ☐ D Daten dürfen vorsorglich für sämtliche künftig denkbaren Sicherheitsvorfälle gespeichert werden, solange die Speicherkapazität ausreicht.
- ☐ E Datenminimierung schreibt unabhängig vom Zweck eine einheitliche Löschfrist von zehn Jahren vor.

FRAGE 17

EINZELAUSWAHL

Wann besteht nach Art. 17 DSGVO grundsätzlich eine Pflicht zur unverzüglichen Löschung personenbezogener Daten?

- ☐ A Sobald die betroffene Person irgendeine Beschwerde über die Servicequalität des Unternehmens erhebt.
- ☐ B Stets erst nach Ablauf der allgemeinen zivilrechtlichen Verjährungsfrist von drei Jahren.
- ☐ C Wenn die Daten für den ursprünglichen Zweck nicht mehr notwendig sind oder eine Einwilligung widerrufen wurde und keine andere Rechtsgrundlage fortbesteht.
- ☐ D Immer unmittelbar nach Abschluss einer Schicht, auch wenn gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen.
- ☐ E Erst nach einer bestandskräftigen Einzelanordnung der Datenschutzaufsichtsbehörde.

FRAGE 18

MEHRFACHAUSWAHL

Unter welchen Voraussetzungen ist die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) grundsätzlich zulässig?

- ☐ A Die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer internen Unternehmensrichtlinie erforderlich, die keine gesetzliche Verpflichtung begründet.
- ☐ B Ein wirtschaftliches Interesse des Unternehmens genügt unabhängig von einer Interessenabwägung und den Rechten der betroffenen Person.
- ☐ C Die betroffene Person hat für einen oder mehrere bestimmte Zwecke wirksam eingewilligt.
- ☐ D Die Verarbeitung dient lediglich einer allgemeinen Effizienzsteigerung, ohne dass eine Rechtsgrundlage geprüft wird.
- ☐ E Die Verarbeitung ist zur Erfüllung eines Vertrags mit der betroffenen Person erforderlich.

FRAGE 19

EINZELAUSWAHL

Unter welcher Voraussetzung ist ein Verantwortlicher nach Art. 82 DSGVO von der Haftung für einen Datenschutzschaden befreit?

- ☐ A Eine Betriebshaftpflichtversicherung befreit den Verantwortlichen unabhängig von der Ursache des Verstoßes.
- ☐ B Er muss nachweisen, dass er in keinerlei Hinsicht für den schadensauslösenden Umstand verantwortlich ist; eine ausschließlich außerhalb seines Einflussbereichs liegende Ursache kann diesen Nachweis tragen.
- ☐ C Die Haftung entfällt automatisch, sobald die Aufsichtsbehörde keine Geldbuße verhängt.
- ☐ D Nachträgliche Löschung und eine Entschuldigung schließen einen bereits entstandenen Ersatzanspruch aus.
- ☐ E Die Haftung entfällt, wenn ein weisungsgebundener Mitarbeiter ohne Vorsatz gehandelt hat.
- ☐ F Bei Schäden unter 250 Euro besteht eine gesetzliche Bagatellgrenze.

FRAGE 20

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort fasst die grundlegenden Anforderungen an eine private Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Bereiche zutreffend zusammen?

- ☐ A Verdeckte Überwachung ist zur allgemeinen Diebstahlsprävention in Verkaufsräumen ohne weitere Voraussetzungen zulässig.
- ☐ B Die gleichzeitige Tonaufzeichnung ist erforderlich, damit Bildaufnahmen später als Beweis verwendet werden können.
- ☐ C Eine Speicherung von mindestens zehn Werktagen ist unabhängig vom konkreten Zweck stets vorgeschrieben.
- ☐ D Ein Hinweisschild genügt auch dann, wenn weder Rechtsgrundlage noch Erforderlichkeit der Überwachung geprüft wurden.
- ☐ E Sie benötigt eine tragfähige Rechtsgrundlage, einen festgelegten Zweck, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit; außerdem muss die Beobachtung transparent kenntlich gemacht werden.

FRAGE 21

EINZELAUSWAHL

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gewährt betroffenen Personen weitreichende Rechte gegenüber den datenverarbeitenden Stellen. Welches der folgenden Rechte ist in der DSGVO explizit verankert?

- ☐ A Das Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“) gemäß Art. 17 DSGVO.
- ☐ B Das Recht auf Zugang zu personenbezogenen Daten anderer Beschäftigter, sobald diese im selben Sicherheitsvorfall genannt werden.
- ☐ C Das Recht auf automatische Löschung aller personenbezogenen Daten nach einer festen Frist von zwölf Monaten.
- ☐ D Das Recht, jede rechtmäßige Verarbeitung ohne gesetzliche Voraussetzungen sofort und dauerhaft sperren zu lassen.
- ☐ E Das Recht auf Löschung auch dann, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer zwingenden rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist.

3 Bürgerliches Gesetzbuch

16 Fragen

FRAGE 22

MEHRFACHAUSWAHL

In welchen der folgenden Fälle ist der Eigentümer einer Sache gemäß den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) gesetzlich verpflichtet, eine Einwirkung auf sein Eigentum zu dulden?

- ☐ A Wenn die Einwirkung zur Abwendung einer gegenwärtigen Gefahr notwendig ist und der drohende Schaden gegenüber dem Eigentumsschaden unverhältnismäßig groß ist (Aggressivnotstand).
- ☐ B Wenn die Einwirkung nachträglich von einer Behörde gebilligt wird, obwohl beim Handeln keine Notstandslage bestand.
- ☐ C Wenn die Einwirkung lediglich geeignet ist, irgendein wirtschaftliches Interesse des Handelnden zu fördern.
- ☐ D Wenn die betroffene Sache nicht gegen Schäden versichert ist.
- ☐ E Wenn der drohende Schaden nur geringfügig höher ist als der durch die Einwirkung verursachte Eigentumsschaden.
- ☐ F Wenn die Einwirkung zur Abwendung einer von der Sache selbst ausgehenden Gefahr erforderlich ist und der Schaden nicht außer Verhältnis zur Gefahr steht (Defensivnotstand).

FRAGE 23

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort nennt die Voraussetzungen der allgemeinen Selbsthilfe nach § 229 BGB vollständig?

- ☐ A Die Vorschrift erlaubt die eigenmächtige Durchsetzung öffentlich-rechtlicher Forderungen wie Bußgelder.
- ☐ B Die Maßnahme darf unabhängig von ihrer Erforderlichkeit bis zur vollständigen Befriedigung des Anspruchs fortgesetzt werden.
- ☐ C Selbsthilfe ist nur mit einem bereits vollstreckbaren Urteil zulässig.
- ☐ D Es genügt ein bloßer Verdacht auf einen privatrechtlichen Anspruch, wenn der Handelnde eine spätere gerichtliche Klärung beabsichtigt.
- ☐ E Es besteht ein privatrechtlicher Anspruch, obrigkeitliche Hilfe ist nicht rechtzeitig erreichbar und ohne sofortiges Eingreifen droht die Anspruchsverwirklichung vereitelt oder wesentlich erschwert zu werden.

FRAGE 24

EINZELAUSWAHL

Welche der folgenden Voraussetzungen ist zwingend erforderlich, damit eine Schadensersatzpflicht gegenüber einem Dritten gemäß § 823 Abs. 1 BGB (Schadensersatzpflicht) begründet wird?

- ☐ A Ein Ersatzanspruch besteht nur zugunsten des Eigentümers, niemals zugunsten eines sonst geschützten Rechtsinhabers.
- ☐ B Die Rechtsgutsverletzung muss zugleich den Tatbestand einer Straftat erfüllen.
- ☐ C Fahrlässiges Verhalten genügt nur, wenn eine besondere vertragliche Haftungsvereinbarung besteht.
- ☐ D Zwischen Schädiger und Geschädigtem muss zuvor ein Vertrag bestanden haben.
- ☐ E Es muss eine widerrechtliche und schuldhafte Verletzung eines von § 823 Abs. 1 BGB geschützten Rechtsguts vorliegen, die einen Schaden verursacht.

FRAGE 25

EINZELAUSWAHL

Welche der folgenden Aussagen beschreibt den Begriff der „Willenserklärung“ im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) rechtlich zutreffend?

- ☐ A Eine unverbindliche Zusage im gesellschaftlichen Bereich, bei der die Parteien erkennbar keinen Rechtsbindungswillen haben (Gefälligkeit).
- ☐ B Jede menschliche Handlung, die rein faktische Auswirkungen hat, ohne dass ein rechtlicher Bindungswille erforderlich ist (Realakt).
- ☐ C Die Äußerung eines privaten Willens, die unmittelbar auf die Herbeiführung einer rechtlichen Folge gerichtet ist.
- ☐ D Die bloße Mitteilung von Tatsachen oder Informationen an einen Dritten ohne die Absicht, Rechte oder Pflichten zu begründen (Wissenserklärung).
- ☐ E Eine hoheitliche Maßnahme einer Behörde zur Regelung eines Einzelfalls auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts (Verwaltungsakt).

FRAGE 26

EINZELAUSWAHL

Welche Rechtsstellung räumt § 903 BGB dem Eigentümer einer Sache grundsätzlich ein?

- ☐ A Das Eigentumsrecht gewährt lediglich das Recht auf Nutzung, nicht jedoch das Recht auf Umgestaltung oder Vernichtung der Sache.
- ☐ B Der Eigentümer verliert seine Rechtsstellung als Eigentümer automatisch, sobald er einem Dritten den unmittelbaren Besitz (z. B. durch Vermietung) einräumt.
- ☐ C Die Befugnisse aus § 903 BGB gelten ausschließlich für unbewegliche Sachen wie Grundstücke oder Gebäude.
- ☐ D Ein Eigentümer darf andere Personen nur dann von der Einwirkung ausschließen, wenn er ein behördliches Räumungsurteil vorweisen kann.
- ☐ E Der Eigentümer kann mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen.
- ☐ F Der Eigentümer ist verpflichtet, die Sache stets im unmittelbaren Besitz zu behalten, um sein Eigentumsrecht nicht zu verlieren.

FRAGE 27

MEHRFACHAUSWAHL

Unter welchen Voraussetzungen ist der Besitzer gemäß § 859 BGB (Selbsthilfe des Besitzers) berechtigt, sich verbotener Eigenmacht mit Gewalt zu erwehren oder den vorigen Besitzstand wiederherzustellen?

- ☐ A Zur sofortigen Wiedererlangung eines entzogenen Grundstücksbesitzes unmittelbar nach der verbotenen Eigenmacht.
- ☐ B Zur Durchsetzung eines fälligen Schadensersatzanspruchs nach einer bereits beendeten Sachbeschädigung.
- ☐ C Zur nachträglichen Abwehr einer bereits beendeten Besitzstörung, sobald der Besitzer den Störer Tage später wiedertrifft.
- ☐ D Zur Erzwingung eines Hausverbots allein wegen eines geringfügigen Verstoßes gegen interne Verhaltensregeln.
- ☐ E Zur eigenmächtigen Pfändung von Sachen eines Mieters wegen rückständiger Miete.
- ☐ F Zur Wiedererlangung einer beweglichen Sache, wenn der Täter auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird (Besitzkehr).

FRAGE 28

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort unterscheidet übertragene privatrechtliche Befugnisse von originären Jedermannsrechten zutreffend?

- ☐ A Das Hausrecht entsteht für Sicherheitsmitarbeiter allein durch das Tragen einer Dienstkleidung.
- ☐ B Ein Bewachungsvertrag überträgt automatisch sämtliche polizeilichen Standardbefugnisse auf den eingesetzten Sicherheitsdienst.
- ☐ C Hoheitliche Identitätsfeststellungen können durch einen privaten Auftraggeber wirksam auf Sicherheitsmitarbeiter übertragen werden.
- ☐ D Notwehr und die vorläufige Festnahme dürfen nur aufgrund eines Bewachungsvertrags ausgeübt werden.
- ☐ E Besitzerselbsthilfe ist ein ausschließlich staatliches Zwangsmittel und kann nicht im Privatrecht ausgeübt werden.
- ☐ F Hausrecht und Besitzerselbsthilfe können vom Berechtigten zur Ausübung übertragen werden; Notwehr, rechtfertigender Notstand und die vorläufige Festnahme entstehen dagegen unmittelbar aus dem Gesetz.

FRAGE 29

MEHRFACHAUSWAHL

Welche der folgenden gesetzlichen Bestimmungen sind als Rechtfertigungsgründe explizit im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geregelt?

- ☐ A Die strafrechtliche Notwehr gemäß § 32 StGB.
- ☐ B Der aggressive Notstand gemäß § 228 BGB.
- ☐ C Der rechtfertigende Notstand gemäß § 34 StGB.
- ☐ D Der defensive Notstand gemäß § 228 BGB.
- ☐ E Die vorläufige Festnahme gemäß § 127 Abs. 1 StPO.
- ☐ F Die Notwehr gemäß § 227 BGB.

FRAGE 30

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort fasst die zivilrechtliche Rechtfertigung bei der Abwehr einer Tiergefahr zutreffend zusammen?

- ☐ A Bei Tiergefahren ist ausschließlich § 904 BGB anwendbar, unabhängig davon, ob auf das Tier selbst oder auf eine unbeteiligte Sache eingewirkt wird.
- ☐ B Das Tier darf nur beschädigt werden, wenn zugleich die Voraussetzungen einer vorläufigen Festnahme des Tierhalters vorliegen.
- ☐ C Eine Beschädigung des Tieres ist nur zulässig, wenn zuvor der Tierhalter erfolglos schriftlich abgemahnt wurde.
- ☐ D Geht die Gefahr vom Tier selbst aus, kann eine erforderliche und nicht unverhältnismäßige Einwirkung nach § 228 BGB gerechtfertigt sein; wird das Tier als Angriffsmittel eines Menschen eingesetzt, kommt Notwehr nach § 227 BGB in Betracht.
- ☐ E Wer die Gefahr fahrlässig mitverursacht hat, ist nach § 228 BGB in jedem Fall vollständig von Ersatzpflichten befreit.

FRAGE 31

EINZELAUSWAHL

Welche der folgenden Aussagen beschreibt den Tatbestand der „verbotenen Eigenmacht“ gemäß § 858 BGB rechtlich zutreffend?

- ☐ A Verbotene Eigenmacht setzt zwingend voraus, dass der Störer mit der Absicht handelt, sich die Sache rechtswidrig zuzueignen.
- ☐ B Wer dem Besitzer ohne dessen Willen den Besitz entzieht oder ihn im Besitz stört, handelt, sofern nicht das Gesetz die Entziehung oder die Störung gestattet, widerrechtlich.
- ☐ C Eine rechtmäßige Inbesitznahme durch einen Gerichtsvollzieher im Rahmen einer Zwangsvollstreckung stellt eine verbotene Eigenmacht dar.
- ☐ D Jede Beeinträchtigung des Besitzes gilt als verbotene Eigenmacht, auch wenn der Besitzer der Handlung im Vorfeld ausdrücklich zugestimmt hat.
- ☐ E Verbotene Eigenmacht liegt nur dann vor, wenn der rechtmäßige Eigentümer einer Sache in seinen dinglichen Rechten verletzt wird.

FRAGE 32

EINZELAUSWAHL

Auf welche gesetzlichen Rechtfertigungsgründe kann sich eine Sicherheitskraft bei der erforderlichen Abwehr eines gegenwärtigen rechtswidrigen Angriffs auf einen Dritten stützen?

- ☐ A Ausschließlich auf § 34 StGB, weil Nothilfe rechtlich nur als Notstand behandelt wird.
- ☐ B Nur auf eine ausdrückliche Ermächtigung des Angegriffenen.
- ☐ C Auf § 229 BGB, unabhängig davon, ob ein privatrechtlicher Anspruch gefährdet ist.
- ☐ D Auf die polizeirechtliche Generalklausel, die auch privaten Sicherheitskräften eigene Hoheitsbefugnisse verleiht.
- ☐ E Auf § 127 Abs. 1 StPO, da jede Abwehrhandlung eine vorläufige Festnahme darstellt.
- ☐ F Auf § 32 StGB und § 227 BGB, die Notwehr und Nothilfe im Straf- beziehungsweise Zivilrecht regeln.

FRAGE 33

EINZELAUSWAHL

In welchem Fall ist die Anwendung von Gewalt im Rahmen der Besitzkehr gemäß § 859 Abs. 2 BGB gegenüber einem Täter, der eine bewegliche Sache entwendet hat, rechtmäßig?

- ☐ A Wenn der Eigentümer der Sache die Gewaltanwendung im Vorfeld ausdrücklich genehmigt hat.
- ☐ B In jedem Fall, solange die Sache noch nicht in die Wohnung des Täters gelangt ist.
- ☐ C Nur wenn der Täter zuvor schriftlich zur Herausgabe der Sache aufgefordert wurde.
- ☐ D Wenn der Täter auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird.
- ☐ E Nur wenn die Identität des Täters nicht sofort festgestellt werden kann.

FRAGE 34

EINZELAUSWAHL

Unter welchen Voraussetzungen kann ein Unterlassen eine Schadensersatzpflicht nach § 823 Abs. 1 BGB begründen?

- ☐ A Unterlassen haftet nur, wenn zugleich der Straftatbestand der unterlassenen Hilfeleistung erfüllt ist.
- ☐ B Eine Haftung setzt stets eine vorherige schriftliche Vereinbarung über das Unterlassen voraus.
- ☐ C Nur vorsätzliches Unterlassen kann haften; Fahrlässigkeit ist im Deliktsrecht ausgeschlossen.
- ☐ D Jedes moralisch missbilligte Nichtstun begründet unabhängig von einer Rechtspflicht eine deliktische Haftung.
- ☐ E Eine Verkehrssicherungspflicht kann nur Behörden, nicht aber private Betreiber oder Sicherheitsunternehmen treffen.
- ☐ F Es muss eine besondere Rechtspflicht zum Handeln bestehen; das pflichtwidrige Unterlassen muss für die Rechtsgutsverletzung ursächlich und dem Handelnden vorwerfbar sein.

FRAGE 35

EINZELAUSWAHL

Gemäß § 226 BGB (Schikaneverbot) ist die Ausübung eines Rechts unter bestimmten Voraussetzungen unzulässig. Welche der folgenden Aussagen beschreibt diesen Tatbestand rechtlich korrekt?

- ☐ A Die Ausübung eines Rechts ist unzulässig, wenn der Ausübende dabei fahrlässig einen Schaden verursacht.
- ☐ B Ein Recht darf nicht ausgeübt werden, wenn dadurch die wirtschaftliche Existenz des Gegners gefährdet wird.
- ☐ C Die Ausübung eines Rechts ist unzulässig, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen.
- ☐ D Die Ausübung eines Rechts ist nur dann zulässig, wenn sie dem Gemeinwohl dient und niemanden in seinen Grundrechten einschränkt.
- ☐ E Die Ausübung eines Rechts ist unzulässig, wenn sie für den Betroffenen eine unzumutbare Härte darstellt, selbst wenn ein Eigeninteresse besteht.

FRAGE 36

MEHRFACHAUSWAHL

Ein Ladendieb entwendet eine Ware aus einem Verkaufsraum und wird dabei beobachtet. Welche zivilrechtlichen Tatbestände oder Befugnisse ergeben sich aus diesem Sachverhalt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB)?

- ☐ A Zivilrechtliche Ansprüche entstehen erst ab einem gesetzlich festgelegten Mindestwarenwert.
- ☐ B Der Eigentümer kann grundsätzlich die Herausgabe der Ware nach § 985 BGB verlangen.
- ☐ C § 823 Abs. 1 BGB gewährt bei jeder Wegnahme automatisch eine pauschale Geldentschädigung, auch wenn kein konkreter Schaden entstanden ist.
- ☐ D Der Dieb wird durch die Wegnahme zum rechtmäßigen Besitzer der Ware.
- ☐ E Der Eigentümer verliert durch die Wegnahme sofort sein Eigentum an der Ware.
- ☐ F Die Wegnahme gegen den Willen des Besitzers ist verbotene Eigenmacht im Sinne des § 858 BGB.

FRAGE 37

EINZELAUSWAHL

Welche privatrechtlichen Befugnisse kann ein Besitzherr einer Sicherheitskraft als Besitzdiener zur Aufgabenerfüllung übertragen?

- ☐ A Die Verhängung und Beitreibung öffentlich-rechtlicher Bußgelder.
- ☐ B Die vorläufige Festnahme nach § 127 Abs. 2 StPO aufgrund bloßen dringenden Tatverdachts.
- ☐ C Die Durchführung strafprozessualer Durchsuchungen nach §§ 102 ff. StPO.
- ☐ D Die Ausübung des Hausrechts sowie der Besitzwehr gegen verbotene Eigenmacht.
- ☐ E Die behördliche Identitätsfeststellung ohne Einwilligung oder gesetzliche Jedermannsbefugnis.
- ☐ F Die eigenständige Anordnung polizeirechtlicher Platzverweise und deren Vollstreckung mit unmittelbarem Zwang.

4 Straf- und Strafverfahrensrecht einschließlich Umgang mit Waffen

22 Fragen

FRAGE 38

EINZELAUSWAHL

Wann ist eine Garantenstellung Voraussetzung für eine Strafbarkeit durch Unterlassen?

- ☐ A Bei sämtlichen vorsätzlichen Begehungsdelikten, auch wenn der Täter aktiv handelt.
- ☐ B Nur wenn die Garantenstellung schriftlich im Arbeitsvertrag bezeichnet ist.
- ☐ C Nur bei Eigentums- und Vermögensdelikten.
- ☐ D Bei einem unechten Unterlassungsdelikt nach § 13 StGB, wenn der Täter rechtlich dafür einzustehen hat, dass der tatbestandliche Erfolg nicht eintritt.
- ☐ E Nur wenn der Täter zum Tatzeitpunkt eine hoheitliche Funktion ausübt.
- ☐ F Bei jedem echten Unterlassungsdelikt, weil dort niemand ohne besondere Garantenpflicht Täter sein kann.

FRAGE 39

EINZELAUSWAHL

Gemäß § 12 des Strafgesetzbuches (StGB) wird zwischen Verbrechen und Vergehen unterschieden. Welche der folgenden Aussagen trifft auf die gesetzliche Definition eines Verbrechens zu?

- ☐ A Ein Verbrechen ist eine rechtswidrige Tat, die im Mindestmaß mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr oder darüber bedroht ist.
- ☐ B Ein Verbrechen ist eine Tat, die ausschließlich mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe bedroht ist.
- ☐ C Ein Verbrechen liegt vor, wenn die Tat im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren bedroht ist.
- ☐ D Verbrechen sind alle rechtswidrigen Taten, bei denen ein Strafantrag des Geschädigten nicht erforderlich ist.
- ☐ E Jede vorsätzlich begangene Straftat gegen das Eigentum wird im Strafrecht als Verbrechen eingestuft.

FRAGE 40

EINZELAUSWAHL

Unter welchen Voraussetzungen ist der Tatbestand der fahrlässigen Körperverletzung gemäß § 229 StGB erfüllt?

- ☐ A Wenn der Täter eine andere Person lediglich bedroht, ohne dass es zu einer körperlichen Einwirkung kommt.
- ☐ B Wenn der Täter mit Wissen und Willen handelt, um eine andere Person körperlich zu misshandeln.
- ☐ C Wenn der Täter eine Körperverletzung begeht, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.
- ☐ D Wenn der Täter die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt und dadurch eine andere Person körperlich misshandelt oder an der Gesundheit schädigt.
- ☐ E Wenn der Täter sich durch eigene Unachtsamkeit selbst verletzt.

FRAGE 41

EINZELAUSWAHL

Wann ist eine private Sicherheitskraft zur vorläufigen Festnahme nach § 127 Abs. 1 StPO berechtigt?

- ☐ A Wenn die Person auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird und Fluchtverdacht besteht oder ihre Identität nicht sofort festgestellt werden kann.
- ☐ B Immer dann, wenn eine Straftat beobachtet wurde, auch bei sicher feststehender Identität und fehlendem Fluchtverdacht.
- ☐ C Sobald die Sicherheitskraft zivilrechtliche Ersatzansprüche sichern möchte.
- ☐ D Nur bei Verbrechen, nicht bei Vergehen.
- ☐ E Bei dringendem Tatverdacht hinsichtlich einer am Vortag begangenen Straftat, auch ohne frische Tat.

FRAGE 42

EINZELAUSWAHL

Im deutschen Strafrecht wird zwischen Officialdelikten und Antragsdelikten unterschieden. Welches der folgenden Delikte ist ein klassisches Antragsdelikt, das gemäß StGB grundsätzlich nur auf Antrag des Verletzten verfolgt wird?

- ☐ A Schwerer Raub (§ 250 StGB)
- ☐ B Diebstahl mit Waffen (§ 244 StGB)
- ☐ C Hausfriedensbruch (§ 123 StGB)
- ☐ D Gefährliche Körperverletzung (§ 224 StGB)
- ☐ E Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB)

FRAGE 43

EINZELAUSWAHL

Welche der folgenden Aussagen zur einfachen Körperverletzung gemäß § 223 StGB (Strafgesetzbuch) ist rechtlich zutreffend?

- ☐ A Eine körperliche Misshandlung setzt zwingend eine dauerhafte Entstellung oder den Verlust eines Körpergliedes voraus.
- ☐ B Der Versuch der einfachen Körperverletzung ist gemäß § 223 Abs. 2 StGB strafbar.
- ☐ C Die Einwilligung des Opfers führt gemäß § 228 StGB immer zur Straffreiheit, ungeachtet der Sittenwidrigkeit der Tat.
- ☐ D Die Körperverletzung ist ein Verbrechen im Sinne des § 12 Abs. 1 StGB, da sie mit Freiheitsstrafe bedroht ist.
- ☐ E Die einfache Körperverletzung ist ein absolutes Officialdelikt und wird stets ohne Strafantrag verfolgt.
- ☐ F Eine Gesundheitsschädigung im Sinne des Gesetzes liegt nur dann vor, wenn das Opfer mindestens drei Tage arbeitsunfähig ist.

FRAGE 44

EINZELAUSWAHL

Welches der folgenden Instrumente stellt ein förmliches Rechtsmittel gegen ein erstinstanzliches Urteil des Amtsgerichts im Strafverfahren gemäß der Strafprozessordnung (StPO) dar?

- ☐ A Die Dienstaufsichtsbeschwerde.
- ☐ B Der Strafantrag.
- ☐ C Die Strafanzeige.
- ☐ D Die Berufung.
- ☐ E Die Gegenvorstellung.

FRAGE 45

EINZELAUSWAHL

Wann verwirklicht ein Täter den Tatbestand der Nötigung gemäß § 240 Strafgesetzbuch (StGB)?

- ☐ A Wenn er eine andere Person körperlich misshandelt oder an der Gesundheit schädigt.
- ☐ B Wenn er in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen widerrechtlich eindringt.
- ☐ C Wenn er eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen.
- ☐ D Wenn er eine fremde Sache rechtswidrig beschädigt oder zerstört.
- ☐ E Wenn er einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt.

FRAGE 46

EINZELAUSWAHL

In welchem der folgenden Fälle verwirklicht eine Person den Tatbestand des Hausfriedensbruchs gemäß § 123 StGB?

- ☐ A Ein Passant betritt ein durch einen Zaun erkennbar gegen unbefugtes Betreten gesichertes Betriebsgelände gegen den Willen des Berechtigten.
- ☐ B Ein Wanderer betritt eine nicht eingefriedete (offene) Wiese, die nicht als Privatbesitz gekennzeichnet ist.
- ☐ C Ein Spaziergänger nutzt einen öffentlichen Waldweg, der durch ein Privatforstgebiet führt.
- ☐ D Ein Kunde betritt ein Ladengeschäft während der allgemeinen Geschäftszeiten, um sich über Warenangebote zu informieren.
- ☐ E Eine Person betritt ein Behördengebäude während der allgemeinen Besuchszeiten, um ein Formular abzuholen.

FRAGE 47

EINZELAUSWAHL

Inwieweit ist ein Zeuge im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gesetzlich verpflichtet, einer Ladung der Polizei zur Vernehmung Folge zu leisten?

- ☐ A Die Polizei kann Zeugen in jedem Fall eigenständig und ohne Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft zum Erscheinen zwingen.
- ☐ B Eine Verpflichtung zum Erscheinen besteht nur bei Kapitalverbrechen (z. B. Mord oder Totschlag).
- ☐ C Die Erscheinungspflicht besteht nur dann, wenn der Zeuge gleichzeitig der Geschädigte der Straftat ist.
- ☐ D Zeugen müssen nur dann erscheinen, wenn sie schriftlich durch einen Rechtsanwalt dazu aufgefordert wurden.
- ☐ E Ein Zeuge ist zur Erscheinung und Aussage verpflichtet, sofern der Ladung ein Auftrag der Staatsanwaltschaft zugrunde liegt.
- ☐ F Ein Zeuge muss grundsätzlich niemals bei der Polizei erscheinen, da eine Aussagepflicht nur gegenüber einem Richter besteht.

FRAGE 48

EINZELAUSWAHL

Wann kann eine vorläufige Festnahme nach § 127 Abs. 1 StPO in eine strafbare Freiheitsberaubung nach § 239 StGB umschlagen?

- ☐ A Eine auf frischer Tat betroffene Person darf stets bis zu 24 Stunden festgehalten werden, auch wenn ihre Identität feststeht.
- ☐ B Nach beobachtetem Diebstahl darf die Person zur Erzwingung eines Geständnisses eingeschlossen werden.
- ☐ C § 239 StGB erfasst nur das Einsperren in einem Raum, nicht das Festhalten auf andere Weise.
- ☐ D Fehlen die Voraussetzungen des § 127 Abs. 1 StPO, kommen nur zivilrechtliche Folgen in Betracht.
- ☐ E Die Übergabe an die Polizei kann durch eine vollständige interne Dokumentation ersetzt werden.
- ☐ F § 127 Abs. 1 StPO erlaubt nur eine erforderliche, vorläufige Festhaltung bei frischer Tat und Fluchtverdacht oder ungeklärter Identität; fehlen diese Voraussetzungen oder dauert sie unnötig fort, kann § 239 StGB erfüllt sein.

FRAGE 49

MEHRFACHAUSWAHL

Unter welchen Voraussetzungen wird eine Körperverletzung gemäß § 226 StGB als „schwere Körperverletzung“ eingestuft?

- ☐ A Die Körperverletzung wird gemeinschaftlich mit einem anderen Beteiligten begangen, ohne dass eine schwere Folge eintritt.
- ☐ B Die verletzte Person verliert das Sehvermögen auf einem Auge oder beiden Augen.
- ☐ C Die Tat wird durch einen hinterlistigen Überfall ausgeführt, ohne dass eine der in § 226 StGB genannten Folgen eintritt.
- ☐ D Die verletzte Person wird dauerhaft in erheblicher Weise entstellt.
- ☐ E Die verletzte Person verliert ihr Gehör nur vorübergehend für mehrere Wochen und erlangt es anschließend vollständig zurück.
- ☐ F Die Tat wird mit einer Waffe oder einem anderen gefährlichen Werkzeug begangen, ohne dass eine der schweren Folgen eintritt.

FRAGE 50

EINZELAUSWAHL

Unter welchen Voraussetzungen ist der Tatbestand des räuberischen Diebstahls gemäß § 252 StGB erfüllt?

- ☐ A Der Täter wendet Gewalt gegen eine Sache an, um ein Hindernis zu beseitigen und so die Flucht mit der Beute zu ermöglichen.
- ☐ B Der Täter wendet, nachdem er bei einem Diebstahl auf frischer Tat betroffen wurde, Gewalt gegen eine Person oder Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben an, um sich im Besitz des gestohlenen Gutes zu erhalten.
- ☐ C Der Tatbestand ist nur dann erfüllt, wenn der Täter bei der Tatausführung eine Schusswaffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt.
- ☐ D Der Täter droht mit einem empfindlichen Übel, um die Herausgabe einer Sache zu erzwingen, die er zuvor rechtmäßig besessen hat.
- ☐ E Der Täter wendet Gewalt gegen eine Person an, um die Wegnahme einer fremden beweglichen Sache erst zu ermöglichen.

FRAGE 51

EINZELAUSWAHL

Wann liegt Nothilfe im Sinne des § 32 StGB vor?

- ☐ A Wenn eine Gefahr ausschließlich von einer Sache oder einem herrenlosen Tier ausgeht.
- ☐ B Nur bei Angriffen auf Eigentum, nicht auf Leib, Freiheit oder andere Individualrechtsgüter.
- ☐ C Nur wenn der Angegriffene zuvor ausdrücklich um Hilfe gebeten hat.
- ☐ D Wenn nach Abschluss des Angriffs Vergeltungsmaßnahmen gegen den Angreifer vorgenommen werden.
- ☐ E Nur wenn die Verteidigung durch einen Amtsträger erfolgt.
- ☐ F Wenn jemand erforderliche Verteidigungshandlungen vornimmt, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff auf die Individualrechtsgüter eines Dritten abzuwehren.

FRAGE 52

EINZELAUSWAHL

In welcher der folgenden Situationen verwirklicht eine Sicherheitskraft den Tatbestand der Amtsanmaßung gemäß § 132 StGB?

- ☐ A Die Sicherheitskraft trägt eine eindeutig mit Firmenlogo und der Aufschrift „Sicherheitsdienst“ gekennzeichnete Dienstkleidung.
- ☐ B Die Sicherheitskraft führt auf einer öffentlichen Straße eine allgemeine Verkehrskontrolle durch und verlangt die Aushändigung der Fahrzeugpapiere.
- ☐ C Die Sicherheitskraft spricht auf einem privaten Betriebsgelände im Namen des Berechtigten ein Hausverbot aus.
- ☐ D Die Sicherheitskraft kontrolliert mit wirksamer Einwilligung eines Besuchers dessen Tasche am Veranstaltungseinlass.
- ☐ E Die Sicherheitskraft hält einen auf frischer Tat betroffenen Ladendieb unter den Voraussetzungen des § 127 Abs. 1 StPO fest.

FRAGE 53

EINZELAUSWAHL

Welche Aussage zu Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung sowie zum Strafantrag ist zutreffend?

- ☐ A Beleidigungsdelikte werden stets von Amts wegen verfolgt; ein Strafantrag ist nicht erforderlich.
- ☐ B Üble Nachrede (§ 186 StGB) setzt sichere Kenntnis der Unwahrheit voraus; bei Verleumdung (§ 187 StGB) genügt fehlende Beweisbarkeit.
- ☐ C Die dreimonatige Strafantragsfrist beginnt immer am Tattag, auch wenn der Verletzte Tat und Täter erst später kennt.
- ☐ D § 185 StGB erfasst nur Tatsachenbehauptungen; ehrverletzende Werturteile fallen ausschließlich unter § 186 StGB.
- ☐ E § 185 StGB erfasst Beleidigungen, § 186 StGB nicht erweislich wahre ehrverletzende Tatsachenbehauptungen und § 187 StGB bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen; grundsätzlich gilt eine dreimonatige Strafantragsfrist.
- ☐ F Schriftliche oder online verbreitete Äußerungen können keine Beleidigungsdelikte sein, wenn sie nicht unmittelbar gegenüber dem Betroffenen fallen.

FRAGE 54

EINZELAUSWAHL

In welchem Fall wird eine Schusswaffe waffenrechtlich transportiert und nicht geführt?

- ☐ A Die ungeladene Waffe liegt während der Fahrt offen und unmittelbar erreichbar auf dem Beifahrersitz.
- ☐ B Die Waffe wird nicht schussbereit und nicht zugriffsbereit in einem verschlossenen Behältnis von einem Ort zu einem anderen befördert.
- ☐ C Die Waffe wird schussbereit in einer Tasche mitgeführt, weil der Arbeitgeber den Transport schriftlich angeordnet hat.
- ☐ D Die geladene Waffe wird in einem Holster am Körper auf dem direkten Weg zum Einsatzort getragen.
- ☐ E Die Waffe befindet sich im unverschlossenen Handschuhfach und kann ohne nennenswerten Zeitaufwand entnommen werden.

FRAGE 55

MEHRFACHAUSWAHL

Gemäß § 42 Waffengesetz (WaffG) ist das Führen von Waffen bei öffentlichen Veranstaltungen geregelt. Welche der folgenden Aussagen treffen hierzu rechtlich korrekt zu?

- ☐ A Die zuständige Behörde kann im gesetzlich vorgesehenen Rahmen Ausnahmen vom Führungsverbot zulassen.
- ☐ B Das Verbot erfasst Hieb- und Stoßwaffen nur, wenn sie verdeckt geführt werden; offen geführte Waffen sind ausgenommen.
- ☐ C Das Verbot betrifft nur scharfe Schusswaffen; Schreckschusswaffen dürfen mit dem Kleinen Waffenschein stets geführt werden.
- ☐ D Wer an öffentlichen Vergnügungen, Volksfesten oder ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen teilnimmt, darf grundsätzlich keine Waffen im Sinne des WaffG führen.
- ☐ E Der Veranstalter kann das gesetzliche Führungsverbot allein durch sein Hausrecht vollständig aufheben.

FRAGE 56

EINZELAUSWAHL

In welchem der folgenden Fälle ist für den Erwerb und die Ausübung der tatsächlichen Gewalt (Besitz) über den genannten Gegenstand zwingend eine waffenrechtliche Erlaubnis (z. B. eine Waffenbesitzkarte) nach dem Waffengesetz (WaffG) erforderlich?

- ☐ A Für ein Luftgewehr, dessen Geschossenergie 7,5 Joule nicht überschreitet und das mit einem „F“ im Fünfeck gekennzeichnet ist.
- ☐ B Für einen Teleskopschlagstock, sofern dieser lediglich in der eigenen Wohnung aufbewahrt wird.
- ☐ C Für ein Reizstoffsprüngerät (CS-Gas), welches ein PTB-Zulassungszeichen trägt.
- ☐ D Für ein Tierabwehrspray, das eindeutig als solches gekennzeichnet ist.
- ☐ E Für eine Schreckschusswaffe, die das PTB-Zulassungszeichen (im Kreis) aufweist, sofern der Erwerber das 18. Lebensjahr vollendet hat.
- ☐ F Für eine scharfe Schusswaffe (z. B. eine Pistole im Kaliber 9 mm), die nicht unter die gesetzlichen Ausnahmeregelungen fällt.

FRAGE 57

EINZELAUSWAHL

Welche rechtliche Folge hat es, wenn eine Sicherheitskraft eine Schusswaffe berechtigt führt, den erforderlichen Waffenschein und ein Ausweisdokument aber nicht mitführt?

- ☐ A Ein Verstoß liegt nicht vor, weil die Erlaubnis elektronisch abgefragt werden kann.
- ☐ B Die Mitführungspflicht gilt nur außerhalb eines dienstlichen Einsatzes.
- ☐ C Ein Dienstausweis ersetzt den Waffenschein und den Personalausweis vollständig.
- ☐ D Es handelt sich allein deshalb um eine Straftat nach § 52 WaffG.
- ☐ E Das Nichtmitführen der vorgeschriebenen Urkunden ist eine Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße geahndet werden.
- ☐ F Die Waffe muss in jedem Fall sofort eingezogen und vernichtet werden.

FRAGE 58

MEHRFACHAUSWAHL

Unter welchen Voraussetzungen ist das Mitführen (Führen) eines Reizstoffsprühgerätes oder Abwehrsprays ohne Kleinen Waffenschein nach dem Waffengesetz (WaffG) zulässig?

- ☐ A Wenn das Reizstoffsprühgerät das vorgeschriebene amtliche Prüfzeichen trägt und die führende Person das gesetzlich erforderliche Alter erreicht hat.
- ☐ B Ein geprüftes Reizstoffsprühgerät darf nur nicht zugriffsbereit in einem verschlossenen Behältnis mitgeführt werden.
- ☐ C Die Sachkundeprüfung nach § 34a GewO ersetzt alle waffenrechtlichen Alters- und Zulassungsvoraussetzungen.
- ☐ D Für Sicherheitsmitarbeiter ist das Führen unabhängig von Art und Zulassung des Geräts ausschließlich mit einer Eintragung im Dienstausweis zulässig.
- ☐ E Ein als Tierabwehrspray bestimmtes Produkt ist nur mit einer gesonderten behördlichen Ausnahmebescheinigung erlaubnisfrei.
- ☐ F Wenn das Gerät als Tierabwehrspray bestimmt ist, weil es dann grundsätzlich nicht als Waffe im Sinne des Waffengesetzes eingeordnet wird.

FRAGE 59

MEHRFACHAUSWAHL

Gemäß § 37b Waffengesetz (WaffG) ist der Inhaber einer Erlaubnisurkunde verpflichtet, bestimmte Ereignisse der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen. Welche der folgenden Vorkommnisse lösen diese gesetzliche Meldepflicht aus?

- ☐ A Der Verlust einer erlaubnispflichtigen Schusswaffe.
- ☐ B Die vorübergehende Unbrauchbarkeit der Waffe durch eine mechanische Funktionsstörung.
- ☐ C Die bloße Absicht, eine Waffe in naher Zukunft an einen anderen Berechtigten zu veräußern.
- ☐ D Der Verlust von Munition, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf.
- ☐ E Der Erwerb eines zusätzlichen Waffenschranks der Sicherheitsstufe 0 nach EN 1143-1.

5 Unfallverhütungsvorschrift Wach- und Sicherungsdienste

10 Fragen

FRAGE 60

MEHRFACHAUSWAHL

Welche Sicherheitsbestimmungen sind gemäß DGUV Vorschrift 23 (Wach- und Sicherungsdienste) bei der Übergabe einer Schusswaffe zwingend zu beachten?

- ☐ A Eine geladene Übergabe ist zulässig, wenn beide Beteiligten die sofortige Einsatzbereitschaft vereinbaren.
- ☐ B Die Schusswaffe ist grundsätzlich im entladenen Zustand zu übergeben.
- ☐ C Eine eigene Ladezustandsprüfung kann entfallen, wenn die übergebende Person den Zustand im Wachbuch bestätigt.
- ☐ D Die Waffe darf während der Übergabe auf eine beliebige sichere Ablage gerichtet sein; eine Kontrolle der Mündungsrichtung ist nicht erforderlich.
- ☐ E Die übernehmende Person muss den Ladezustand durch eigene Prüfung feststellen.

FRAGE 61

MEHRFACHAUSWAHL

Bei Sicherungstätigkeiten mit besonderen Gefahren muss das Personal überwacht werden. Welche Maßnahmen können – abhängig von der Gefährdungsbeurteilung – hierfür geeignet sein?

- ☐ A Regelmäßige Meldeanrufe in festgelegten Zeitabständen zu einer ständig besetzten Stelle.
- ☐ B Der Einsatz von Personen-Notsignal-Anlagen (PNA), die bei Ausbleiben eines willensunabhängigen Signals Alarm auslösen.
- ☐ C Die bloße Mitführung eines privaten Mobiltelefons ohne spezielle Notruffunktion.
- ☐ D Die ausschließliche Dokumentation der Kontrollgänge im Wachbuch am Ende der Schicht.
- ☐ E Die vertragliche Vereinbarung, dass der Mitarbeiter auf eigene Gefahr arbeitet und keine Überwachung wünscht.

FRAGE 62

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort beschreibt eine Personen-Notsignal-Anlage für gefährliche Einzelarbeitsplätze zutreffend?

- ☐ A Sie umfasst insbesondere ein von der gefährdeten Person getragenes Personen-Notsignal-Gerät sowie Komponenten zur Übertragung, Auswertung und Weiterleitung des Alarms.
- ☐ B Eine Überfallmeldeanlage ohne personenbezogene Alarm- und Überwachungsfunktion ist begrifflich immer eine vollständige PNA.
- ☐ C Sie ist mit einer gewöhnlichen Videoanlage gleichzusetzen, solange ein Leitstellenmitarbeiter das Bild gelegentlich kontrolliert.
- ☐ D Ein privates Mobiltelefon ohne überwachte Notruffunktion erfüllt die Anforderungen stets vollständig.
- ☐ E Sie dient ausschließlich der Branddetektion und ersetzt keine Überwachung von Alleinarbeit.

FRAGE 63

MEHRFACHAUSWAHL

Welche Aussagen zum Einsatz von Hunden im Sicherheitsdienst sind nach der DGUV Vorschrift 23 korrekt?

- ☐ A Ein aktuelles tierärztliches Gesundheitszeugnis ersetzt die erforderliche Eignungsprüfung des Diensthundes.
- ☐ B Grundsätzlich dürfen nur geeignete und geprüfte Diensthunde mit Hundeführern eingesetzt werden; für reine Wahrnehmungs- und Meldeaufgaben besteht eine eng begrenzte Ausnahme.
- ☐ C Hundeführer müssen unterwiesen sein und dem Unternehmer ihre Befähigung nachweisen.
- ☐ D Langjährige private Hundeerfahrung ersetzt ohne weiteren Nachweis die Befähigung als Hundeführer.
- ☐ E Ein ungeprüfter Privathund kann allein wegen Leinen- und Maulkorbpflicht als Diensthund eingesetzt werden.

FRAGE 64

EINZELAUSWAHL

Welche Aussage beschreibt Rechtsnatur und Zweck von Unfallverhütungsvorschriften zutreffend?

- ☐ A Sie regeln vorrangig Mindestpreise und Vergütungssätze für Sicherheitsdienstleistungen.
- ☐ B Sie binden nur den Arbeitgeber, nicht jedoch die versicherten Beschäftigten.
- ☐ C Sie werden ausschließlich von den Polizeibehörden der Länder erlassen.
- ☐ D Sie sind unverbindliche privatrechtliche Empfehlungen, die nur bei ausdrücklicher arbeitsvertraglicher Einbeziehung gelten.
- ☐ E Sie ersetzen staatliche Arbeitsschutzvorschriften im Bewachungsgewerbe vollständig.
- ☐ F Sie sind autonomes, für Unternehmer und Versicherte verbindliches Recht der Unfallversicherungsträger und dienen der Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren.

FRAGE 65

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort fasst die Anforderungen des § 10 DGUV Vorschrift 23 an die Ausrüstung des Wach- und Sicherungspersonals zutreffend zusammen?

- ☐ A Eine Unterweisung ist entbehrlich, wenn der Ausrüstungsgegenstand allgemein im Handel erhältlich ist.
- ☐ B Das Wachpersonal muss sämtliche Ausrüstung auf eigene Kosten beschaffen und ihre Eignung selbst feststellen.
- ☐ C Jeder Ausrüstungsgegenstand benötigt vor jedem Einsatz eine staatliche Einzelzulassung.
- ☐ D Anlegbare Ausrüstung soll die Bewegungsfreiheit der Hände möglichst stark begrenzen, um Fehlbedienungen zu verhindern.
- ☐ E Erforderliche Einrichtungen, Ausrüstungen und Hilfsmittel müssen ordnungsgemäß sein, und das Personal ist in ihrer Handhabung zu unterweisen.

FRAGE 66

MEHRFACHAUSWAHL

Gemäß DGUV Vorschrift 23 (Wach- und Sicherungsdienste) ist die Ausrüstung von Wach- und Sicherungspersonal mit Schusswaffen an strenge Voraussetzungen gebunden. Welche der folgenden Bedingungen müssen hierfür erfüllt sein?

- ☐ A Es genügt, wenn der Mitarbeiter eine gültige Erlaubnis zum Führen von Schreckschusswaffen (Kleiner Waffenschein) besitzt.
- ☐ B Der Mitarbeiter muss eine mindestens fünfjährige Dienstzeit bei der Bundeswehr oder der Polizei nachweisen können.
- ☐ C Das Personal muss die erforderliche Sachkunde nach dem Waffengesetz nachgewiesen haben und regelmäßig an Schießübungen teilnehmen.
- ☐ D Die Ausrüstung mit Schusswaffen ist grundsätzlich in allen öffentlichen Gebäuden gesetzlich vorgeschrieben.
- ☐ E Der Unternehmer muss die Ausrüstung mit Schusswaffen für den jeweiligen Auftrag ausdrücklich angeordnet haben.

FRAGE 67

MEHRFACHAUSWAHL

Welche der folgenden Tätigkeiten werden gemäß den Durchführungsanweisungen zur DGUV Vorschrift 23 (Wach- und Sicherungsdienste) ausdrücklich als besonders gefahrgeneigt eingestuft?

- ☐ A Die rein administrative Bearbeitung von Alarmmeldungen in einer Notruf- und Serviceleitstelle.
- ☐ B Pforten- und Empfangsdienste in Verwaltungsgebäuden ohne Publikumsverkehr.
- ☐ C Sicherungs- und Kontrolldienste im öffentlichen Personenverkehr.
- ☐ D Sicherungs- und Ordnungsdienste in Diskotheken und bei Tanzveranstaltungen.
- ☐ E Die Durchführung von Revierkontrollfahrten in reinen Wohngebieten während der Tageszeit.

FRAGE 68

EINZELAUSWAHL

Gemäß DGUV Vorschrift 23 darf der Unternehmer nur Personen mit Wach- und Sicherungstätigkeiten beauftragen, die die erforderliche Befähigung nachweisen. Welcher Nachweis ist für Tätigkeiten, die eine Sachkundeprüfung erfordern (z. B. Kontrollgänge im öffentlichen Verkehrsraum), maßgeblich?

- ☐ A Der Nachweis einer Waffensachkundeprüfung nach dem Waffengesetz.
- ☐ B Die Bestätigung über die Teilnahme an einer Ersthelfer-Ausbildung.
- ☐ C Die Bescheinigung über die Teilnahme an einem Deeskalationstraining.
- ☐ D Die Vorlage eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses.
- ☐ E Der Nachweis über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung.
- ☐ F Der Nachweis über die erfolgreich abgelegte Sachkundeprüfung nach § 34a GewO.

FRAGE 69

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort fasst die Pflichten nach § 4 DGUV Vorschrift 23 im Umgang mit Dienstanweisungen zutreffend zusammen?

- ☐ A Dienstanweisungen werden erst wirksam, wenn die Berufsgenossenschaft jede Fassung vorab genehmigt hat.
- ☐ B Beschäftigte dürfen von sicherheitsbezogenen Vorgaben abweichen, wenn sie die Abweichung nach Schichtende dokumentieren.
- ☐ C Das Personal ist vor Tätigkeitsaufnahme und danach regelmäßig zu unterweisen; es muss die arbeitssicherheitsbezogenen Maßnahmen unterstützen und die Dienstanweisungen befolgen.
- ☐ D Dienstanweisungen verlieren unabhängig von ihrem Inhalt nach sechs Monaten automatisch ihre Gültigkeit.
- ☐ E Eine Unterweisung ist nur bei der ersten Beschäftigung im Bewachungsgewerbe erforderlich und gilt anschließend dauerhaft.

6 Umgang mit Menschen, Deeskalation und interkulturelle Kompetenz

23 Fragen

FRAGE 70

MEHRFACHAUSWAHL

Welche kommunikativen Verhaltensweisen tragen im Rahmen des Konfliktmanagements im Sicherheitsdienst maßgeblich zur Deeskalation bei?

- ☐ A Verwendung von provokativen „Du-Botschaften“, um die eigene Dominanz in der Situation zu unterstreichen.
- ☐ B Vermeidung von Blickkontakt, um Desinteresse an der emotionalen Ebene des Konflikts zu demonstrieren.
- ☐ C Konsequentes Unterbrechen des Gegenübers, um unrichtige Sachverhalte sofort richtigzustellen.
- ☐ D Beibehaltung einer ruhigen, sachlichen Stimmlage und einer offenen, nicht bedrohlichen Körpersprache.
- ☐ E Anwendung des aktiven Zuhörens, um dem Gegenüber Wertschätzung und Aufmerksamkeit zu signalisieren.

FRAGE 71

MEHRFACHAUSWAHL

Im Rahmen der Psychologie des Umgangs mit Menschen wird zwischen positivem Stress (Eustress) und negativem Stress (Distress) unterschieden. In welchen der folgenden Situationen spricht man von Eustress?

- ☐ A Wenn eine Herausforderung als bewältigbar wahrgenommen wird und die Konzentrationsfähigkeit steigert.
- ☐ B Wenn der Stress ausschließlich durch monotone Tätigkeiten und dauerhafte Unterforderung entsteht.
- ☐ C Wenn die Anforderungen die individuellen Bewältigungsstrategien der Sicherheitskraft massiv übersteigen.
- ☐ D Wenn die Stressreaktion durch ein freudiges Ereignis oder eine positive Erwartungshaltung ausgelöst wird.
- ☐ E Wenn die Belastung dauerhaft anhält und zu psychosomatischen Beschwerden führt.

FRAGE 72

MEHRFACHAUSWAHL

Im Rahmen der psychologischen Grundlagen im Sicherheitsgewerbe ist der Umgang mit frustrierten Personen von Bedeutung. Welche der folgenden Verhaltensweisen sind typische Reaktionen auf Frustration?

- ☐ A Frustration führt typischerweise ausschließlich zu ruhiger, sachlicher Problemlösung.
- ☐ B Aggressive Reaktionen treten nur auf, wenn die Frustration vorsätzlich durch einen anderen Menschen verursacht wurde.
- ☐ C Frustration äußert sich ausschließlich körperlich und beeinflusst das Sozialverhalten nicht.
- ☐ D Rückzug, Resignation oder Apathie können Reaktionen auf anhaltende Frustration sein.
- ☐ E Das Wissen um eine Regel verhindert grundsätzlich jede Frustrationsreaktion.
- ☐ F Aggressives Verhalten kann sich gegen die verursachende Person, Unbeteiligte oder Sachen richten.

FRAGE 73

MEHRFACHAUSWAHL

Welche Faktoren können die interkulturelle Kommunikationsfähigkeit einer Sicherheitskraft im Dienst negativ beeinflussen und zu einem unsicheren Auftreten führen?

- ☐ A Mangelndes Wissen über kulturspezifische nonverbale Kommunikationssignale (z. B. Distanzzonen).
- ☐ B Eine ausgeprägte Empathiefähigkeit und interkulturelle Kompetenz.
- ☐ C Vorurteile und die Anwendung von Stereotypen gegenüber fremden Kulturkreisen.
- ☐ D Die Anwendung von Deeskalationstechniken gemäß den psychologischen Grundlagen.
- ☐ E Die strikte Beachtung der geltenden Dienstanweisung und der Hausordnung.

FRAGE 74

EINZELAUSWAHL

Welche primäre Zielsetzung verfolgt ein Vorgesetzter im Sicherheitsgewerbe mit der Durchführung eines sachlich orientierten Mitarbeitergesprächs?

- ☐ A Die konstruktive Klärung von Sachverhalten sowie die nachhaltige Verbesserung der betrieblichen Zusammenarbeit.
- ☐ B Die einseitige Dokumentation von Fehlverhalten zur Vorbereitung einer fristlosen Kündigung ohne vorherige Anhörung.
- ☐ C Die Förderung des internen Wettbewerbs durch die gezielte Weitergabe von vertraulichen Informationen über Kollegen.
- ☐ D Die ausschließliche Vermittlung von Arbeitsanweisungen ohne Raum für Rückfragen oder Feedback des Personals.
- ☐ E Die Durchsetzung persönlicher Interessen des Vorgesetzten unter Ausnutzung der hierarchischen Überlegenheit.
- ☐ F Die Erhöhung des psychischen Leistungsdrucks zur kurzfristigen Steigerung der Wachsamkeit im Objektschutz.

FRAGE 75

EINZELAUSWAHL

Welches Verhalten ist für eine Sicherheitskraft bei einer politischen Wahlkampfveranstaltung professionell und deeskalierend?

- ☐ A Sie darf durch Mimik und Gestik Zustimmung signalisieren, wenn dadurch das Vertrauensverhältnis zum Veranstalter gestärkt wird.
- ☐ B Sie beteiligt sich an politischen Diskussionen, solange sie die Position des Auftraggebers nicht ausdrücklich kritisiert.
- ☐ C Sie soll politische Gegenpositionen aktiv ausgleichen, indem sie fremdes Informationsmaterial verteilt.
- ☐ D Sie behandelt Besucher abhängig von deren erkennbarer politischer Haltung unterschiedlich streng.
- ☐ E Sie wahrt politische Neutralität, konzentriert sich auf den Sicherheitsauftrag und kommuniziert auch bei Provokationen sachlich und wertneutral.

FRAGE 76

EINZELAUSWAHL

Welche primäre Zielsetzung verfolgt der Einsatz von Deeskalationstechniken im Rahmen einer spannungsgeladenen Situation im Sicherheitsdienst?

- ☐ A Die sofortige Festnahme des Aggressors zur Demonstration hoheitlicher Befugnisse.
- ☐ B Die psychologische Tiefenanalyse des Gegenübers zur Ermittlung von Kindheitstraumata.
- ☐ C Das konsequente Ignorieren des Aggressors, um dessen Handlungsunfähigkeit zu provozieren.
- ☐ D Die Vermeidung einer physischen Eskalation und die Wiederherstellung einer sachlichen Kommunikationsebene.
- ☐ E Die präventive Anwendung von Schmerzgriffen, um eine drohende Gewaltanwendung im Keim zu ersticken.

FRAGE 77

MEHRFACHAUSWAHL

Im Rahmen der Deeskalation und Informationsgewinnung im Sicherheitsgewerbe: Welche der folgenden Formulierungen stellen „offene Fragen“ dar?

- ☐ A „Haben Sie einen gültigen Lichtbildausweis bei sich?“
- ☐ B „Wurde die Polizei bereits durch eine andere Person verständigt?“
- ☐ C „Welche Beobachtungen haben Sie unmittelbar vor dem Vorfall gemacht?“
- ☐ D „Sind Sie mit der freiwilligen Nachschau in Ihrer Tasche einverstanden?“
- ☐ E „Kennen Sie die geltende Hausordnung für dieses Objekt?“
- ☐ F „Wie kam es nach Ihrer Einschätzung zu der Auseinandersetzung?“

FRAGE 78

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort kennzeichnet eine Gruppe im Sinne der Verhaltenslehre zutreffend?

- ☐ A In Gruppen bestehen grundsätzlich weder Rollen noch Erwartungen an das Verhalten der Mitglieder.
- ☐ B Entscheidend ist allein eine hohe Personenzahl; gemeinsame Ziele oder Interaktion sind nicht erforderlich.
- ☐ C Eine Gruppe entsteht bereits durch das zufällige gleichzeitige Aufhalten mehrerer Personen an einem Ort.
- ☐ D Eine Gruppe verliert ihren Gruppencharakter, sobald sich eine informelle Hierarchie entwickelt.
- ☐ E Nur rechtlich organisierte Zusammenschlüsse mit schriftlicher Satzung gelten als Gruppen.
- ☐ F Die Mitglieder interagieren, verfolgen gemeinsame Ziele, entwickeln ein Wir-Gefühl und orientieren sich an Rollen sowie sozialen Normen.

FRAGE 79

MEHRFACHAUSWAHL

Welche Bedeutung hat ein gesundes Selbstwertgefühl für das professionelle Handeln einer Sicherheitskraft im Dienst?

- ☐ A Es zeichnet sich durch eine realistische Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und Grenzen aus.
- ☐ B Es führt dazu, dass die Sicherheitskraft ein arrogantes Auftreten wählt, um potenzielle Störer einzuschüchtern.
- ☐ C Es äußert sich primär durch das Vermeiden von Blickkontakt, um Provokationen aus dem Weg zu gehen.
- ☐ D Es ermöglicht der Sicherheitskraft, auch in Konfliktsituationen souverän aufzutreten und sachlich zu bleiben.
- ☐ E Es bedeutet, in jeder Situation auf der eigenen Meinung zu beharren, unabhängig von der rechtlichen Lage.

FRAGE 80

MEHRFACHAUSWAHL

Welche Merkmale und Funktionen kennzeichnen den Einsatz von geschlossenen Fragen im Rahmen der Kommunikation im Sicherheitsdienst?

- ☐ A Sie beginnen in der Regel mit Fragewörtern wie „Warum“, „Wie“ oder „Weshalb“ (W-Fragen).
- ☐ B Sie fördern die Empathiebildung, da der Befragte durch diese Fragetechnik zur emotionalen Selbstanalyse angeregt wird.
- ☐ C Sie ermöglichen es der Sicherheitskraft, gezielte Informationen schnell abzufragen oder Sachverhalte kurz zu bestätigen.
- ☐ D Sie dienen primär dazu, dem Gegenüber Raum für eine ausführliche Schilderung seiner Sichtweise zu geben.
- ☐ E Sie schränken den Antwortspielraum des Befragten stark ein, da sie oft mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können.

FRAGE 81

MEHRFACHAUSWAHL

Im Sicherheitsgewerbe sind Mitarbeiter häufig verschiedenen Belastungen ausgesetzt. Welche der folgenden Faktoren stellen typische Stressoren (Stressfaktoren) dar, die die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden des Sicherheitspersonals beeinträchtigen können?

- ☐ A Freiwillige Fortbildung während der Arbeitszeit mit ausreichender personeller Entlastung.
- ☐ B Ständige Zeitnot bei gleichzeitig hoher Verantwortung und Lärmbelastung.
- ☐ C Transparente Entscheidungswege und regelmäßiges konstruktives Feedback.
- ☐ D Unklare Aufgabenverteilung und mangelnde Kommunikation innerhalb des Teams.
- ☐ E Planbare, kurzzeitige Belastungsspitzen mit ausreichenden Erholungsphasen und klaren Zuständigkeiten.

FRAGE 82

MEHRFACHAUSWAHL

Im Rahmen der Zusammenarbeit im Sicherheitsgewerbe ist der wertschätzende Umgang von großer Bedeutung. Welche der folgenden Verhaltensweisen kennzeichnen den Tatbestand des Mobbing am Arbeitsplatz?

- ☐ A Gelegentliche sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Kollegen über die Auslegung einer Dienstanweisung.
- ☐ B Das gezielte und wiederholte Verbreiten von unwahren Behauptungen oder Gerüchten über einen Kollegen, um dessen Ansehen zu schädigen.
- ☐ C Die Zuweisung von unbeliebten, aber arbeitsvertraglich vereinbarten Tätigkeiten im Rahmen des Direktionsrechts des Arbeitgebers.
- ☐ D Die einmalige, sachbezogene Kritik durch einen Vorgesetzten unter vier Augen aufgrund einer nachgewiesenen Pflichtverletzung.
- ☐ E Das systematische und über einen längeren Zeitraum anhaltende Ausgrenzen eines Mitarbeiters aus der Arbeitsgemeinschaft.

FRAGE 83

EINZELAUSWAHL

Welche Technik der Gesprächsführung trägt im Rahmen eines Klärungsgesprächs durch eine Sicherheitskraft maßgeblich zur Deeskalation bei?

- ☐ A Das unmittelbare Benennen jedes Fehlers mit konsequenten Du-Botschaften, bevor das Gegenüber seine Darstellung beendet hat.
- ☐ B Das ausschließliche Stellen geschlossener Fragen, damit das Gespräch möglichst kurz bleibt.
- ☐ C Aktives Zuhören, indem Inhalte sachlich paraphrasiert und wahrgenommene Gefühle angemessen gespiegelt werden.
- ☐ D Das Zusammenfassen der eigenen Position, ohne die Sicht des Gegenübers zu überprüfen.
- ☐ E Das bewusste Wechseln des Themas, sobald emotionale Reaktionen auftreten.

FRAGE 84

MEHRFACHAUSWAHL

Welche Verhaltensweisen oder Merkmale sind im psychologischen Sinne typisch für Personen mit einem geringen Selbstwertgefühl, insbesondere in Konfliktsituationen?

- ☐ A Die proaktive Suche nach Feedback von Vorgesetzten, um die eigene Arbeitsqualität stetig zu verbessern.
- ☐ B Hohe psychische Belastbarkeit und ausgeprägte emotionale Stabilität bei verbalen Provokationen.
- ☐ C Schwierigkeiten bei der eigenständigen Entscheidungsfindung aufgrund ausgeprägter Versagensängste.
- ☐ D Ein konstruktiver Umgang mit eigenen Schwächen und die Fähigkeit zur objektiven Selbstreflexion.
- ☐ E Natürliche Dominanz im Auftreten und ein gesundes Gleichgewicht zwischen Selbstkritik und Selbstvertrauen.
- ☐ F Starke Empfindlichkeit gegenüber vermeintlicher Kritik und eine Neigung zu defensivem oder aggressivem Abwehrverhalten.

FRAGE 85

EINZELAUSWAHL

Welche der folgenden Verhaltensweisen eines Sicherheitsmitarbeiters in einer Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete ist als aggressives Verhalten gegenüber schutzbedürftigen Personen einzustufen?

- ☐ A Eine klare und bestimmte Aufforderung zur Einhaltung der Hausordnung, ohne Beleidigung, Drohung oder körperliches Bedrängen.
- ☐ B Das Hinzuziehen eines Kollegen und das Einhalten eines Sicherheitsabstands bei erkennbarer Erregung der betroffenen Person.
- ☐ C Die sachliche Ankündigung, bei Fortsetzung eines erheblichen Regelverstoßes die Polizei zu verständigen.
- ☐ D Die Dokumentation einer Verweigerung und die Übergabe des Vorgangs an die zuständige Leitung.
- ☐ E Die vorübergehende Verweigerung eines Zugangs nach einem dokumentierten Regelverstoß mit sachlicher Begründung.
- ☐ F Die Durchsetzung einer Platzzuweisung mit körperlichen Drohgesten und verbalen Einschüchterungen.

FRAGE 86

EINZELAUSWAHL

Welche psychologischen oder sozialen Faktoren begünstigen im sicherheitsdienstlichen Kontext primär eine erhöhte Risikobereitschaft bei Jugendlichen oder jungen Erwachsenen?

- ☐ A Die Angst vor strafrechtlichen Konsequenzen und der damit verbundene Verlust des Ansehens im Elternhaus.
- ☐ B Eine vollständig abgeschlossene kognitive Reifeentwicklung, die eine objektive Einschätzung von Langzeitfolgen ermöglicht.
- ☐ C Das Streben nach sozialer Anerkennung innerhalb der Gleichaltrigengruppe (Peergroup) sowie das Austesten persönlicher Grenzen.
- ☐ D Die Anwesenheit von Deeskalationsteams, die präventiv auf die Gruppe einwirken.
- ☐ E Eine ausgeprägte Selbstkontrolle und die strikte Orientierung an rechtlichen Normen.

FRAGE 87

EINZELAUSWAHL

Im Bereich der Psychologie des Umgangs mit Menschen: Welche Faktoren begünstigen nach allgemeiner Lehrmeinung die Entstehung von Minderwertigkeitsgefühlen bei einer Person?

- ☐ A Regelmäßige positive Bestätigung und eine erfolgreiche soziale Integration.
- ☐ B Ein hohes Maß an Selbstwirksamkeitserwartung und ausgeprägte Resilienz.
- ☐ C Die erfolgreiche Bewältigung von komplexen und herausfordernden Konfliktsituationen.
- ☐ D Eine objektive und sachliche Beurteilung der eigenen beruflichen Leistung durch Vorgesetzte.
- ☐ E Wiederholte Misserfolge sowie ein dauerhaftes Erleben von Herabsetzung und Kritik durch das soziale Umfeld.
- ☐ F Die konsequente Anwendung von Deeskalationstechniken im Sicherheitsdienst.

FRAGE 88

MEHRFACHAUSWAHL

Im Sicherheitsdienst sind Zeugenaussagen zur Aufklärung von Vorfällen oft von zentraler Bedeutung. Welche Faktoren können dazu führen, dass verschiedene Augenzeugen denselben Sachverhalt unterschiedlich wahrnehmen und wiedergeben?

- ☐ A Die individuelle Auswahl und Gewichtung von Informationen aufgrund persönlicher Erfahrungen und Interessen.
- ☐ B Ein standardisiertes Meldeformular stellt sicher, dass alle Zeugen dieselben Einzelheiten erinnern.
- ☐ C Eine sofortige Befragung beseitigt sämtliche perspektivbedingten Wahrnehmungsunterschiede.
- ☐ D Die gesetzliche Wahrheitspflicht schließt Irrtümer bei Wahrnehmung und Erinnerung aus.
- ☐ E Der Standort und die daraus folgende Perspektive des Beobachters auf das Geschehen.

FRAGE 89

MEHRFACHAUSWAHL

Im Sicherheitsgewerbe können bestimmte Verhaltensweisen der Sicherheitsmitarbeiter die Entstehung von Konflikten begünstigen. Welche der folgenden Verhaltensweisen wirken in einer angespannten Situation konfliktfördernd?

- ☐ A Die Verwendung von herabwürdigenden Äußerungen, Zynismus oder Ironie gegenüber dem Gegenüber.
- ☐ B Das Einhalten eines angemessenen Sicherheitsabstandes zur Eigensicherung.
- ☐ C Provokative Körpersprache und das bewusste Unterschreiten der Individualdistanz.
- ☐ D Sachliche Argumentation unter weitgehendem Verzicht auf persönliche Emotionen.
- ☐ E Aktives Zuhören und das Signalisieren von Gesprächsbereitschaft durch eine offene Körperhaltung.

FRAGE 90

EINZELAUSWAHL

Welche primäre Zielsetzung verfolgt ein strukturiertes Mitarbeitergespräch im Rahmen der Personalentwicklung in einem Sicherheitsunternehmen?

- ☐ A Die Demonstration der hierarchischen Überlegenheit des Vorgesetzten gegenüber dem operativen Personal.
- ☐ B Die einseitige Bekanntgabe von neuen Dienstanweisungen ohne die Möglichkeit einer Rücksprache.
- ☐ C Die ausschließliche Dokumentation von Fehlverhalten, um eine verhaltensbedingte Kündigung vorzubereiten.
- ☐ D Die Verbesserung des Arbeitsklimas und die Steigerung der Motivation durch konstruktives Feedback und Zielvereinbarungen.
- ☐ E Die Überprüfung der privaten Lebensumstände des Mitarbeiters zur Erstellung eines psychologischen Profils.

FRAGE 91

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort nennt Faktoren, die ein stabiles und gesundes Selbstwertgefühl fördern?

- ☐ A Die ausschließliche Identifikation mit Uniform, Rang oder vermeintlichen hoheitlichen Befugnissen.
- ☐ B Eine realistische Einschätzung eigener Fähigkeiten und Grenzen sowie Erfahrungen von Selbstwirksamkeit durch bewältigte Herausforderungen.
- ☐ C Das Vermeiden anspruchsvoller Aufgaben, damit kein Misserfolg erlebt werden kann.
- ☐ D Die konsequente Unterdrückung sämtlicher Emotionen, unabhängig von der Situation.
- ☐ E Das Streben nach absoluter Dominanz gegenüber anderen, um Unsicherheit nicht sichtbar werden zu lassen.

FRAGE 92

MEHRFACHAUSWAHL

Welche Verhaltensweisen wirken in einer spannungsgeladenen Konfliktsituation deeskalationshemmend und sollten daher von einer Sicherheitskraft zwingend vermieden werden?

- ☐ A Die Einhaltung einer angemessenen Distanzzone (Eigensicherung).
- ☐ B Die Anwendung von Techniken des aktiven Zuhörens.
- ☐ C Das Aufzeigen von lösungsorientierten Handlungsalternativen.
- ☐ D Persönliche Beleidigungen und unsachliche Vorwürfe.
- ☐ E Eine ruhige, sachliche und bestimmte Gesprächsführung.
- ☐ F Provokative Mimik und herabwürdigende Gesten gegenüber dem Aggressor.

7 Grundzüge der Sicherheitstechnik

8 Fragen

FRAGE 93

MEHRFACHAUSWAHL

Welche der folgenden Aussagen beschreiben die wesentlichen Merkmale einer Schließanlage im Rahmen der mechanischen Absicherung eines Objektes korrekt?

- ☐ A Übergeordnete Schlüssel können in einer hierarchischen Anlage mehrere unterschiedliche Zylinder schließen.
- ☐ B Der Verlust eines untergeordneten Einzelschlüssels macht zwangsläufig sämtliche übergeordneten Schließungen unbrauchbar.
- ☐ C Bei einer Zentralschließanlage muss jeder vorhandene Schlüssel zwingend jeden Zylinder schließen können.
- ☐ D Eine hierarchische Berechtigungsstruktur ist nur mit elektronischen Schließsystemen möglich.
- ☐ E Die Schließberechtigungen der verschiedenen Schlüssel werden in einem Schließplan festgelegt.

FRAGE 94

MEHRFACHAUSWAHL

Welche der folgenden Maßnahmen stellen wirksame mechanische oder elektronische Sicherungen dar, um das unbefugte Eindringen auf ein befriedetes Besitztum zu erschweren oder frühzeitig zu erkennen?

- ☐ A Ein Bewegungsmelder, der ausschließlich einen innenliegenden Büroraum überwacht und den Grundstücksrand nicht erfasst.
- ☐ B Die Abschaltung der Außenbeleuchtung, weil Dunkelheit die technische Erkennung von Eindringversuchen grundsätzlich verbessert.
- ☐ C Eine stabile Umzäunung mit geeignetem Übersteigschutz als mechanische Barriere.
- ☐ D Eine Dienstanweisung zum Verhalten des Personals bei festgestellten Eindringlingen; sie ist organisatorisch, aber keine mechanische oder elektronische Sicherung.
- ☐ E Eine Perimeter-Überwachungsanlage mit Video-Sensorik und Aufschaltung auf eine Notruf- und Serviceleitstelle (NSL).

FRAGE 95

EINZELAUSWAHL

Welche Antwort beschreibt die wesentlichen Funktionen eines modernen Zutrittskontrollsystems zutreffend?

- ☐ A Es ersetzt sämtliche mechanischen Sicherungen und macht Türen oder Schlösser entbehrlich.
- ☐ B Es ordnet bei jeder unberechtigten Zutrittsanfrage automatisch eine vorläufige Festnahme nach § 127 StPO an.
- ☐ C Es identifiziert und authentifiziert Personen, prüft Berechtigungen, steuert Zutritte zeitlich und räumlich und protokolliert die Vorgänge.
- ☐ D Es darf Zutritte nur protokollieren, aber keine zeitlichen oder räumlichen Berechtigungen verwalten.
- ☐ E Seine Hauptaufgabe ist ausschließlich die Kontrolle arbeitsrechtlicher Pausenzeiten.

FRAGE 96

EINZELAUSWAHL

Welche Maßnahme gehört im Rahmen der täglichen Funktionskontrolle zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft eines tragbaren Funksprechgeräts?

- ☐ A Der eingestellte Funkkanal ist vor jeder Schicht ohne Abstimmung zu wechseln, um Störungen auszuschließen.
- ☐ B Die Funktionskontrolle ist ausschließlich Aufgabe der Leitstelle und darf nicht durch die Sicherheitskraft erfolgen.
- ☐ C Der Akku muss vor jedem Dienst vollständig entladen werden, damit seine Kapazität erhalten bleibt.
- ☐ D Die Sende- und Empfangsfähigkeit wird durch eine Sprechprobe geprüft; zusätzlich wird der Akkuladezustand kontrolliert.
- ☐ E Wenn sich das Gerät einschalten lässt, ist eine Prüfung von Senden und Empfangen entbehrlich.
- ☐ F Eine Sichtprüfung von Display und Gehäuse genügt; eine Sprechprobe ist nur einmal wöchentlich erforderlich.

FRAGE 97

EINZELAUSWAHL

Der vorbeugende Brandschutz wird in verschiedene Teilbereiche untergliedert. Welche der folgenden Maßnahmen ist explizit dem baulichen Brandschutz zuzuordnen?

- ☐ A Die Installation und regelmäßige Wartung einer automatischen Brandmeldeanlage (BMA).
- ☐ B Die Bildung von Brandabschnitten durch die Errichtung von Brandwänden.
- ☐ C Die Durchführung von aktiven Löscharbeiten durch die Feuerwehr nach Brandausbruch.
- ☐ D Die Bereitstellung und Prüfung von tragbaren Feuerlöschern.
- ☐ E Die Erstellung einer Brandschutzordnung gemäß DIN 14096.

FRAGE 98

EINZELAUSWAHL

Welche der folgenden Aussagen beschreibt die primäre Funktion einer Einbruchmeldezentrale (EMZ) innerhalb eines Sicherungssystems korrekt?

- ☐ A Sie ersetzt die Notwendigkeit von Interventionskräften durch eine direkte akustische Abschreckung des Täters.
- ☐ B Sie dient der Auswertung eingehender Meldersignale sowie der Steuerung und Überwachung der angeschlossenen Komponenten und der Alarmierung.
- ☐ C Sie dient ausschließlich der unterbrechungsfreien Stromversorgung der Videoüberwachungsanlage.
- ☐ D Ihre Hauptaufgabe besteht in der automatischen Löschung von Bränden durch Ansteuerung von Sprinkleranlagen.
- ☐ E Sie dient primär der mechanischen Verriegelung von Türen und Fenstern im Falle eines Einbruchversuchs.

FRAGE 99

MEHRFACHAUSWAHL

Welche physikalischen Eigenschaften bzw. Wirkungsweisen machen Wasser zu einem besonders geeigneten Löschmittel für Brände fester Stoffe (Brandklasse A)?

- ☐ A Die Eigenschaft, als elektrischer Leiter die statische Aufladung der Brandgase zu neutralisieren.
- ☐ B Die chemische Unterbindung der Kettenreaktion durch den sogenannten antikatalytischen Löscheffekt.
- ☐ C Die hohe Wärmebindungskapazität, die dem Brandgut thermische Energie entzieht (Abkühlungseffekt).
- ☐ D Die Herabsetzung der Temperatur des brennbaren Stoffes unter dessen Entzündungstemperatur.
- ☐ E Die Erstickungswirkung durch die sofortige und dauerhafte Trennung des Brennstoffs vom Luftsauerstoff.
- ☐ F Die extrem niedrige Oberflächenspannung, die ein sofortiges Eindringen in engporige Stoffe garantiert.

FRAGE 100

MEHRFACHAUSWAHL

Welche spezifischen Vorteile bietet der Einsatz von Funktechnik (drahtlose Kommunikation) gegenüber drahtgebundenen Systemen im Bereich der Sicherheitstechnik?

- ☐ A Bestehende Sicherheitssysteme lassen sich häufig flexibler erweitern oder nachrüsten.
- ☐ B Eine abhörsichere Kommunikation ist auch ohne geeignete Verschlüsselung stets gewährleistet.
- ☐ C Endgeräte werden dauerhaft allein durch das empfangene Funksignal mit Energie versorgt.
- ☐ D Funktechnik ist gegenüber elektromagnetischen Störungen grundsätzlich vollständig unempfindlich.
- ☐ E Der Installationsaufwand kann insbesondere in baulich sensiblen Objekten geringer sein, weil weniger Leitungswege benötigt werden.
- ☐ F Funkkomponenten können ohne neue Kabelwege flexibel positioniert werden; Reichweiten- und Abschattungsprüfungen sind deshalb entbehrlich.

Lösungsschlüssel

Zähle jede korrekt angekreuzte richtige Antwort einzeln.

1	B + E	26	E	51	F	76	D
2	B + F	27	A + F	52	B	77	C + F
3	B + E	28	F	53	E	78	F
4	B	29	D + F	54	B	79	A + D
5	D	30	D	55	A + D	80	C + E
6	C + D	31	B	56	F	81	B + D
7	F	32	F	57	E	82	B + E
8	B	33	D	58	A + F	83	C
9	F	34	F	59	A + D	84	C + F
10	A + F	35	C	60	B + E	85	F
11	A + C	36	B + F	61	A + B	86	C
12	E	37	D	62	A	87	E
13	F	38	D	63	B + C	88	A + E
14	A + C	39	A	64	F	89	A + C
15	B + C	40	D	65	E	90	D
16	A + B	41	A	66	C + E	91	B
17	C	42	C	67	C + D	92	D + F
18	C + E	43	B	68	F	93	A + E
19	B	44	D	69	C	94	C + E
20	E	45	E	70	D + E	95	C
21	A	46	A	71	A + D	96	D
22	A + F	47	E	72	D + F	97	B
23	E	48	F	73	A + C	98	B
24	E	49	B + D	74	A	99	C + D
25	C	50	B	75	E	100	A + E

Mehrfachauswahl

Zähle jede korrekt angekreuzte richtige Antwort einzeln. Die IHK bewertet seit dem 1. Juli 2025 nach Teilantworten: Für jede richtig markierte Antwort gibt es einen Punkt, auch wenn du nicht alle richtigen Antworten einer Aufgabe gefunden hast.

Lösungen mit kurzen Erklärungen

Zu jeder Frage findest du die richtige Auswahl und eine kompakte Begründung.

1 Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich Gewerberecht

15 Fragen

Frage 1

Richtig: B + E

- B** Grundrechte können durch oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden, sofern das jeweilige Grundrecht einen Gesetzesvorbehalt vorsieht.
- E** Die Grundrechte binden die Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Kurz erklärt:

Art. 1 Abs. 3 GG bindet Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung unmittelbar. Einschränkungen sind nur im Rahmen eines verfassungsmäßigen Gesetzesvorbehalts zulässig; Art. 19 Abs. 2 GG verbietet zugleich, den Wesensgehalt eines Grundrechts anzutasten.

Frage 2

Richtig: B + F

- B** Die Erteilung eines Platzverweises durch einen Polizeivollzugsbeamten gegenüber einer störenden Person.
- F** Die förmliche Entziehung der Gewerbeerlaubnis für ein Bewachungsunternehmen durch die zuständige Behörde.

Kurz erklärt:

Sowohl ein Platzverweis als auch der Entzug einer Gewerbeerlaubnis sind hoheitliche Regelungen eines Einzelfalls auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts mit unmittelbarer Außenwirkung und damit Verwaltungsakte nach § 35 VwVfG.

Frage 3

Richtig: B + E

- B** Die Sicherstellung einer Schusswaffe bei einer Person, die damit aktuell Passanten bedroht.
- E** Die Absperrung eines einsturzgefährdeten Gebäudes, um das Betreten durch Personen zu verhindern.

Kurz erklärt:

Die Absperrung des gefährlichen Gebäudes und die Sicherstellung der aktuell eingesetzten Waffe sollen bevorstehende Schäden verhindern und gehören deshalb zur präventiven Gefahrenabwehr. Die übrigen Maßnahmen dienen der Verfolgung bereits begangener Straftaten.

Frage 4

Richtig: B

- B** Grundsätzlich ist eine richterliche Anordnung erforderlich; ausnahmsweise genügen Gefahr im Verzug oder die wirksame Einwilligung eines Verfügungsberechtigten.

Kurz erklärt:

Art. 13 Abs. 2 GG und §§ 102, 105 StPO stellen Durchsuchungen grundsätzlich unter Richtervorbehalt. Gefahr im Verzug erlaubt eine gesetzliche Ausnahme; eine freiwillige und wirksame Einwilligung des Berechtigten macht einen zwangsweisen Eingriff entbehrlich.

Frage 5

Richtig: D

- D** Es regelt insbesondere hoheitliche Rechtsbeziehungen, in denen der Staat dem Bürger typischerweise in einem Über- und Unterordnungsverhältnis gegenübertritt.

Kurz erklärt:

Öffentliches Recht regelt insbesondere das hoheitliche Handeln des Staates gegenüber Bürgern und ist typischerweise durch Über- und Unterordnung geprägt. Privatrechtliche Verträge beruhen dagegen grundsätzlich auf Gleichordnung und Privatautonomie.

Frage 6

Richtig: C + D

- C** Die vorläufige Festnahme einer Person durch die Polizei zur Identitätsfeststellung gemäß der Strafprozessordnung (StPO).
D Die Untersagung eines Gewerbebetriebes durch die zuständige Behörde wegen mangelnder Zuverlässigkeit des Gewerbetreibenden.

Kurz erklärt:

Die polizeiliche Festnahme und die behördliche Gewerbeuntersagung beruhen auf öffentlich-rechtlichen Eingriffsbefugnissen. Hausrecht, Besitzerselbsthilfe und Vertragsstrafen sind dagegen privatrechtliche Instrumente.

Frage 7

Richtig: F

- F** Eine belastende Maßnahme muss einem legitimen Zweck dienen sowie geeignet, erforderlich und im engeren Sinne angemessen sein.

Kurz erklärt:

Aus dem Rechtsstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 3 GG folgt, dass ein staatlicher Eingriff geeignet, erforderlich und angemessen sein muss. Eine gesetzliche Grundlage allein ersetzt diese Abwägung nicht.

Frage 8

Richtig: B

- B** Ein Eingriff liegt vor, wenn staatliche Stellen Wohnräume gegen oder ohne den Willen des Berechtigten betreten oder durchsuchen, etwa zur Strafverfolgung oder Gefahrenabwehr.

Kurz erklärt:

Art. 13 GG schützt die räumliche Privatsphäre vor staatlichem Betreten und Durchsuchen gegen oder ohne den Willen des Berechtigten. Das gilt sowohl für strafprozessuale Durchsuchungen als auch für gesetzlich zugelassene Gefahrenabwehrmaßnahmen.

Frage 9

Richtig: F

- F** Die zuständige Behörde muss die erforderliche Zuverlässigkeit festgestellt haben, und die Person benötigt den vorgeschriebenen Unterrichts- oder Sachkundenachweis beziehungsweise eine anerkannte Befreiung.

Kurz erklärt:

Nach § 34a GewO darf Wachpersonal erst eingesetzt werden, wenn die Behörde seine Zuverlässigkeit festgestellt hat und der erforderliche Unterrichts- oder Sachkundenachweis beziehungsweise eine anerkannte Befreiung vorliegt. Staatsangehörigkeit, ein generelles Mindestalter von 21 Jahren oder ein ärztliches Attest sind keine allgemeinen Voraussetzungen.

Frage 10

Richtig: A + F

- A** Bewachung im Einlassbereich einer gastgewerblichen Diskothek.
F Durchführung von Kontrollgängen im öffentlichen Verkehrsraum, beispielsweise als Citystreife.

Kurz erklärt:

§ 34a Abs. 1a Satz 2 GewO verlangt die Sachkunde unter anderem für Kontrollgänge im öffentlichen Verkehrsraum und Bewachungen im Einlassbereich gastgewerblicher Diskotheken. Allgemeine Verkaufs- oder Servicetätigkeiten ohne Einsatz als Wachperson fallen nicht allein deshalb unter die Sachkundepflicht.

Frage 11

Richtig: A + C

- A** Das Bundesamt für Justiz (unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister).
C Die für den Wohnsitz zuständige Landespolizeibehörde (Stellungnahme).

Kurz erklärt:

Für die Zuverlässigkeitsprüfung sieht § 34a GewO insbesondere die unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister und eine Stellungnahme der zuständigen Landespolizeibehörde vor. Finanzamt, Arbeitsagentur, IHK und Gesundheitsamt gehören nicht zum dort genannten Regelabfrageprogramm.

Frage 12

Richtig: E

- E** Den Namen oder das Logo des Gewerbetreibenden sowie den Namen der Wachperson oder eine ihr zuordenbare Kennnummer.

Kurz erklärt:

§ 18 Abs. 3 BewachV verlangt bei den genannten Tätigkeiten eine sichtbare Kennzeichnung des Gewerbetreibenden und zusätzlich den Namen der Wachperson oder eine eindeutig zuordenbare Kennnummer.

Frage 13

Richtig: F

F § 34a Gewerbeordnung (GewO) und die Bewachungsverordnung (BewachV).

Kurz erklärt:

§ 34a GewO regelt insbesondere Erlaubnispflicht, Zuverlässigkeit und fachliche Voraussetzungen des Bewachungsgewerbes. Die BewachV konkretisiert diese Vorgaben, etwa zu Unterrichtung, Sachkunde, Kennzeichnung, Dienstanweisung und weiteren Berufspflichten.

Frage 14

Richtig: A + C

A Personen mit einer erfolgreich abgeschlossenen Laufbahnprüfung für den mittleren Justizvollzugsdienst.

C Personen mit einer erfolgreich abgeschlossenen Laufbahnprüfung für den mittleren Polizeivollzugsdienst.

Kurz erklärt:

§ 8 BewachV erkennt bestimmte Laufbahnprüfungen, darunter den mittleren Polizeivollzugs- und Justizvollzugsdienst, als gleichwertige Qualifikationen an. Allgemeine Berufserfahrung, Erste Hilfe, kaufmännische Ausbildung oder Grundausbildung bei der Bundeswehr reichen dafür nicht aus.

Frage 15

Richtig: B + C

B Kontrollgänge im öffentlichen Verkehrsraum oder in Hausrechtsbereichen mit tatsächlichem öffentlichen Verkehr.

C Bewachung von Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende oder Geflüchtete in leitender Funktion.

Kurz erklärt:

§ 34a Abs. 1a Satz 2 GewO nennt Kontrollgänge im öffentlichen Verkehrsraum beziehungsweise in Hausrechtsbereichen mit tatsächlichem öffentlichen Verkehr und die leitende Bewachung von Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften ausdrücklich. Ein gewöhnlicher Einlassdienst bei einer geschlossenen Betriebsfeier ist nicht allein deshalb sachkundepflichtig.

2 Datenschutzrecht

6 Fragen

Frage 16

Richtig: A + B

A Die Erhebung personenbezogener Daten muss auf das für den jeweiligen Verarbeitungszweck notwendige Maß beschränkt sein.

B Die verarbeiteten Daten müssen dem festgelegten Zweck angemessen und sachlich erheblich sein.

Kurz erklärt:

Art. 5 Abs. 1 lit. c DSGVO verlangt, dass personenbezogene Daten dem Zweck angemessen und erheblich sowie auf das notwendige Maß beschränkt sind. Eine pauschale Vorraterhebung oder feste Zehnjahresfrist folgt daraus nicht.

Frage 17

Richtig: C

- C** Wenn die Daten für den ursprünglichen Zweck nicht mehr notwendig sind oder eine Einwilligung widerrufen wurde und keine andere Rechtsgrundlage fortbesteht.

Kurz erklärt:

Art. 17 Abs. 1 lit. a und b DSGVO nennt die fehlende weitere Erforderlichkeit sowie den Widerruf einer Einwilligung ohne fortbestehende Rechtsgrundlage als Lösungsgründe. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten können einer Löschung ausnahmsweise entgegenstehen.

Frage 18

Richtig: C + E

- C** Die betroffene Person hat für einen oder mehrere bestimmte Zwecke wirksam eingewilligt.
E Die Verarbeitung ist zur Erfüllung eines Vertrags mit der betroffenen Person erforderlich.

Kurz erklärt:

Art. 6 Abs. 1 Buchstaben a und b DSGVO erlauben die Verarbeitung aufgrund einer wirksamen, zweckbezogenen Einwilligung oder soweit sie zur Vertragserfüllung erforderlich ist. Eine bloße interne Unternehmensrichtlinie schafft keine eigenständige Rechtsgrundlage.

Frage 19

Richtig: B

- B** Er muss nachweisen, dass er in keinerlei Hinsicht für den schadensauslösenden Umstand verantwortlich ist; eine ausschließlich außerhalb seines Einflussbereichs liegende Ursache kann diesen Nachweis tragen.

Kurz erklärt:

Nach Art. 82 Abs. 3 DSGVO entfällt die Haftung nur, wenn der Verantwortliche beweist, für den schadensauslösenden Umstand in keinerlei Hinsicht verantwortlich zu sein. Eine ausschließlich außerhalb seines Einflussbereichs liegende Ursache kann diesen Entlastungsnachweis ermöglichen.

Frage 20

Richtig: E

- E** Sie benötigt eine tragfähige Rechtsgrundlage, einen festgelegten Zweck, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit; außerdem muss die Beobachtung transparent kenntlich gemacht werden.

Kurz erklärt:

Private Videoüberwachung benötigt insbesondere eine Rechtsgrundlage nach Art. 6 DSGVO, einen bestimmten Zweck sowie Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit. Nach Art. 12 und 13 DSGVO muss die Verarbeitung zudem transparent kenntlich gemacht werden.

Frage 21

Richtig: A

- A** Das Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“) gemäß Art. 17 DSGVO.

Kurz erklärt:

Art. 17 DSGVO verankert ausdrücklich das Recht auf Löschung, soweit ein Lösungsgrund besteht und keine Ausnahme wie eine gesetzliche Aufbewahrungspflicht greift.

3 Bürgerliches Gesetzbuch

16 Fragen

Frage 22

Richtig: A + F

- A** Wenn die Einwirkung zur Abwendung einer gegenwärtigen Gefahr notwendig ist und der drohende Schaden gegenüber dem Eigentumsschaden unverhältnismäßig groß ist (Aggressivnotstand).
- F** Wenn die Einwirkung zur Abwendung einer von der Sache selbst ausgehenden Gefahr erforderlich ist und der Schaden nicht außer Verhältnis zur Gefahr steht (Defensivnotstand).

Kurz erklärt:

§ 228 BGB rechtfertigt eine erforderliche Einwirkung auf die gefahrbringende Sache, wenn der Schaden nicht außer Verhältnis zur Gefahr steht. § 904 BGB verpflichtet einen unbeteiligten Eigentümer zur Duldung, wenn der drohende Schaden gegenüber dem Eigentumsschaden unverhältnismäßig groß ist.

Frage 23

Richtig: E

- E** Es besteht ein privatrechtlicher Anspruch, obrigkeitliche Hilfe ist nicht rechtzeitig erreichbar und ohne sofortiges Eingreifen droht die Anspruchsverwirklichung vereitelt oder wesentlich erschwert zu werden.

Kurz erklärt:

§ 229 BGB setzt einen bestehenden privatrechtlichen Anspruch, nicht rechtzeitig erreichbare obrigkeitliche Hilfe und die Gefahr voraus, dass die Anspruchsverwirklichung sonst vereitelt oder wesentlich erschwert wird. Nach § 230 BGB darf die Selbsthilfe nicht weiter gehen als erforderlich.

Frage 24

Richtig: E

- E** Es muss eine widerrechtliche und schuldhaft Verletzung eines von § 823 Abs. 1 BGB geschützten Rechtsguts vorliegen, die einen Schaden verursacht.

Kurz erklärt:

§ 823 Abs. 1 BGB verlangt die widerrechtliche und schuldhaft Verletzung eines geschützten Rechtsguts, einen dadurch verursachten Schaden und Zurechenbarkeit. Ein Vertrag oder zugleich erfüllter Straftatbestand ist nicht erforderlich.

Frage 25

Richtig: C

- C** Die Äußerung eines privaten Willens, die unmittelbar auf die Herbeiführung einer rechtlichen Folge gerichtet ist.

Kurz erklärt:

Eine Willenserklärung ist eine Äußerung, die auf den Eintritt einer Rechtsfolge gerichtet ist, etwa Angebot oder Annahme eines Vertrags. Reine Realakte oder Wissenserklärungen haben diese Zielrichtung nicht.

Frage 26

Richtig: E

- E** Der Eigentümer kann mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen.

Kurz erklärt:

§ 903 BGB gewährt dem Eigentümer grundsätzlich die Befugnis, mit der Sache nach Belieben zu verfahren und andere auszuschließen, soweit Gesetz oder Rechte Dritter nicht entgegenstehen. Besitzüberlassung, etwa durch Vermietung, beendet das Eigentum nicht.

Frage 27

Richtig: A + F

- A** Zur sofortigen Wiedererlangung eines entzogenen Grundstücksbesitzes unmittelbar nach der verbotenen Eigenmacht.
F Zur Wiedererlangung einer beweglichen Sache, wenn der Täter auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird (Besitzkehr).

Kurz erklärt:

§ 859 Abs. 2 BGB erlaubt die Besitzkehr bei einer beweglichen Sache nur, wenn der Täter auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird; Absatz 3 gestattet die sofortige Wiedererlangung entzogenen Grundstücksbesitzes. Eine erst Tage später ausgeübte Gewalt ist keine Besitzwehr oder Besitzkehr nach § 859 BGB.

Frage 28

Richtig: F

- F** Hausrecht und Besitzerselbsthilfe können vom Berechtigten zur Ausübung übertragen werden; Notwehr, rechtfertigender Notstand und die vorläufige Festnahme entstehen dagegen unmittelbar aus dem Gesetz.

Kurz erklärt:

Hausrecht und Besitzerselbsthilfe beruhen auf der Rechtsposition des Eigentümers oder Besitzers und können zur Ausübung übertragen werden. Notwehr, Notstand und § 127 Abs. 1 StPO stehen dagegen bei Vorliegen ihrer Voraussetzungen unmittelbar kraft Gesetzes zu.

Frage 29

Richtig: D + F

- D** Der defensive Notstand gemäß § 228 BGB.
F Die Notwehr gemäß § 227 BGB.

Kurz erklärt:

Die Notwehr ist in § 227 BGB und der defensive Notstand in § 228 BGB geregelt. Der aggressive Notstand steht dagegen in § 904 BGB; die Zuordnung zu § 228 BGB ist daher falsch.

Frage 30

Richtig: D

- D** Geht die Gefahr vom Tier selbst aus, kann eine erforderliche und nicht unverhältnismäßige Einwirkung nach § 228 BGB gerechtfertigt sein; wird das Tier als Angriffsmittel eines Menschen eingesetzt, kommt Notwehr nach § 227 BGB in Betracht.

Kurz erklärt:

Geht die Gefahr vom Tier als Sache aus, kann § 228 BGB die erforderliche und verhältnismäßige Einwirkung rechtfertigen. Setzt ein Mensch das Tier gezielt als Angriffsmittel ein, richtet sich die Abwehr gegen einen menschlichen Angriff und kann nach § 227 BGB gerechtfertigt sein.

Frage 31

Richtig: B

- B** Wer dem Besitzer ohne dessen Willen den Besitz entzieht oder ihn im Besitz stört, handelt, sofern nicht das Gesetz die Entziehung oder die Störung gestattet, widerrechtlich.

Kurz erklärt:

Nach § 858 Abs. 1 BGB ist verbotene Eigenmacht die Entziehung oder Störung des Besitzes ohne den Willen des Besitzers und ohne gesetzliche Gestattung. Eigentum, Zueignungsabsicht oder ein Mindestschaden sind dafür nicht erforderlich.

Frage 32

Richtig: F

- F** Auf § 32 StGB und § 227 BGB, die Notwehr und Nothilfe im Straf- beziehungsweise Zivilrecht regeln.

Kurz erklärt:

§ 32 StGB beseitigt die strafrechtliche Rechtswidrigkeit und § 227 BGB die zivilrechtliche Widerrechtlichkeit einer erforderlichen Nothilfehandlung. Eine privatrechtliche Beauftragung ist dafür nicht notwendig.

Frage 33

Richtig: D

- D** Wenn der Täter auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird.

Kurz erklärt:

§ 859 Abs. 2 BGB erlaubt die gewaltsame Besitzkehr bei einer beweglichen Sache nur, wenn der Täter auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird. Eine vorherige schriftliche Aufforderung ist nicht erforderlich.

Frage 34

Richtig: F

- F** Es muss eine besondere Rechtspflicht zum Handeln bestehen; das pflichtwidrige Unterlassen muss für die Rechtsgutsverletzung ursächlich und dem Handelnden vorwerfbar sein.

Kurz erklärt:

Ein Unterlassen steht einem aktiven Eingriff nur gleich, wenn eine besondere Handlungspflicht besteht, etwa aus einer Verkehrssicherungspflicht oder Garantenstellung. Zusätzlich müssen Pflichtverletzung, Kausalität, Rechtswidrigkeit und Verschulden vorliegen.

Frage 35

Richtig: C

- C** Die Ausübung eines Rechts ist unzulässig, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen.

Kurz erklärt:

§ 226 BGB verbietet die Rechtsausübung, wenn sie keinen anderen Zweck haben kann, als einem anderen Schaden zuzufügen. Eine bloße Härte oder fahrlässige Nebenfolge genügt dafür nicht.

Frage 36

Richtig: B + F

- B** Der Eigentümer kann grundsätzlich die Herausgabe der Ware nach § 985 BGB verlangen.
F Die Wegnahme gegen den Willen des Besitzers ist verbotene Eigenmacht im Sinne des § 858 BGB.

Kurz erklärt:

Die Wegnahme gegen den Willen des Besitzers ist verbotene Eigenmacht nach § 858 BGB; der Eigentümer behält sein Eigentum und kann die Herausgabe grundsätzlich nach § 985 BGB verlangen. § 823 Abs. 1 BGB setzt dagegen unter anderem einen konkreten Schaden voraus und gewährt keine automatische Pauschale.

Frage 37

Richtig: D

- D** Die Ausübung des Hausrechts sowie der Besitzwehr gegen verbotene Eigenmacht.

Kurz erklärt:

Der Besitzherr kann einer Sicherheitskraft insbesondere die Ausübung des Hausrechts und der Besitzwehr übertragen; als Besitzdiener handelt sie nach § 855 BGB für ihn. Polizeiliche Zwangs-, Bußgeld- und Durchsuchungsbefugnisse entstehen dadurch nicht.

4 Straf- und Strafverfahrensrecht einschließlich Umgang mit Waffen

22 Fragen

Frage 38

Richtig: D

- D** Bei einem unechten Unterlassungsdelikt nach § 13 StGB, wenn der Täter rechtlich dafür einzustehen hat, dass der tatbestandliche Erfolg nicht eintritt.

Kurz erklärt:

§ 13 StGB verlangt bei unechten Unterlassungsdelikten, dass der Täter rechtlich für das Ausbleiben des tatbestandlichen Erfolgs einzustehen hat. Diese besondere Einstandspflicht wird als Garantenstellung bezeichnet.

Frage 39

Richtig: A

- A** Ein Verbrechen ist eine rechtswidrige Tat, die im Mindestmaß mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr oder darüber bedroht ist.

Kurz erklärt:

Nach § 12 Abs. 1 StGB ist ein Verbrechen eine rechtswidrige Tat, deren gesetzliches Mindestmaß mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe beträgt. Auf das Höchstmaß oder die Bezeichnung des Delikts kommt es nicht an.

Frage 40

Richtig: D

- D** Wenn der Täter die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt und dadurch eine andere Person körperlich misshandelt oder an der Gesundheit schädigt.

Kurz erklärt:

§ 229 StGB erfasst die durch Verletzung der erforderlichen Sorgfalt verursachte Körperverletzung. Erforderlich sind insbesondere Sorgfaltspflichtverletzung, Vorhersehbarkeit, Vermeidbarkeit und der Verletzungserfolg bei einer anderen Person.

Frage 41

Richtig: A

- A** Wenn die Person auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird und Fluchtverdacht besteht oder ihre Identität nicht sofort festgestellt werden kann.

Kurz erklärt:

§ 127 Abs. 1 StPO setzt eine frische Tat und zusätzlich Fluchtverdacht oder eine nicht sofort feststellbare Identität voraus. Ein späterer Verdacht oder alleinige Sicherung zivilrechtlicher Ansprüche reicht nicht.

Frage 42

Richtig: C

- C** Hausfriedensbruch (§ 123 StGB)

Kurz erklärt:

Hausfriedensbruch ist nach § 123 Abs. 2 StGB grundsätzlich nur auf Strafantrag verfolgbar und damit ein klassisches absolutes Antragsdelikt.

Frage 43

Richtig: B

- B** Der Versuch der einfachen Körperverletzung ist gemäß § 223 Abs. 2 StGB strafbar.

Kurz erklärt:

§ 223 Abs. 2 StGB erklärt den Versuch der einfachen Körperverletzung ausdrücklich für strafbar. Wegen des gesetzlichen Mindestmaßes unter einem Jahr ist das Delikt ein Vergehen, kein Verbrechen.

Frage 44

Richtig: D

D Die Berufung.

Kurz erklärt:

Die Berufung gegen Urteile des Amtsgerichts ist in §§ 312 ff. StPO geregelt und eröffnet eine neue Tatsachen- und Beweisprüfung durch das Berufungsgericht.

Frage 45

Richtig: E

E Wenn er einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt.

Kurz erklärt:

§ 240 StGB verlangt Gewalt oder die Drohung mit einem empfindlichen Übel, durch die das Opfer zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung genötigt wird; zusätzlich muss die Anwendung des Mittels zum Zweck verwerflich sein.

Frage 46

Richtig: A

A Ein Passant betritt ein durch einen Zaun erkennbar gegen unbefugtes Betreten gesichertes Betriebsgelände gegen den Willen des Berechtigten.

Kurz erklärt:

§ 123 StGB schützt Wohnungen, Geschäftsräume und befriedetes Besitztum. Das gegen den Willen des Berechtigten erfolgende Eindringen in ein erkennbar eingefriedetes Betriebsgelände erfüllt den Tatbestand.

Frage 47

Richtig: E

E Ein Zeuge ist zur Erscheinung und Aussage verpflichtet, sofern der Ladung ein Auftrag der Staatsanwaltschaft zugrunde liegt.

Kurz erklärt:

Nach § 163 Abs. 3 StPO müssen Zeugen einer polizeilichen Ladung folgen und aussagen, wenn der Ladung ein Auftrag der Staatsanwaltschaft zugrunde liegt; gesetzliche Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrechte bleiben bestehen.

Frage 48

Richtig: F

F § 127 Abs. 1 StPO erlaubt nur eine erforderliche, vorläufige Festhaltung bei frischer Tat und Fluchtverdacht oder ungeklärter Identität; fehlen diese Voraussetzungen oder dauert sie unnötig fort, kann § 239 StGB erfüllt sein.

Kurz erklärt:

§ 127 Abs. 1 StPO rechtfertigt eine private Festhaltung nur bei frischer Tat und Fluchtverdacht oder nicht sofort feststellbarer Identität und nur bis zur unverzüglichen Übergabe an die Polizei. Ohne Rechtfertigung kann das Einsperren oder sonstige Entziehen der Fortbewegungsfreiheit § 239 StGB erfüllen.

Frage 49

Richtig: B + D

- B** Die verletzte Person verliert das Sehvermögen auf einem Auge oder beiden Augen.
D Die verletzte Person wird dauerhaft in erheblicher Weise entstellt.

Kurz erklärt:

§ 226 Abs. 1 StGB nennt unter anderem den Verlust des Sehvermögens und eine dauerhafte erhebliche Entstellung als schwere Folgen. Eine lediglich vorübergehende Beeinträchtigung des Gehörs erfüllt diese Erfolgsqualifikation nicht.

Frage 50

Richtig: B

- B** Der Täter wendet, nachdem er bei einem Diebstahl auf frischer Tat betroffen wurde, Gewalt gegen eine Person oder Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben an, um sich im Besitz des gestohlenen Gutes zu erhalten.

Kurz erklärt:

§ 252 StGB erfasst den Täter, der nach einem Diebstahl auf frischer Tat betroffen wird und Gewalt oder qualifizierte Drohung einsetzt, um den Besitz der Beute zu erhalten. Gewalt zur ursprünglichen Wegnahme wäre dagegen Raub.

Frage 51

Richtig: F

- F** Wenn jemand erforderliche Verteidigungshandlungen vornimmt, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff auf die Individualrechtsgüter eines Dritten abzuwehren.

Kurz erklärt:

Nothilfe ist nach § 32 Abs. 2 StGB die erforderliche Verteidigung gegen einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff auf einen anderen. Eine vorherige Bitte des Angegriffenen oder eine Amtsträgereigenschaft ist nicht Voraussetzung.

Frage 52

Richtig: B

- B** Die Sicherheitskraft führt auf einer öffentlichen Straße eine allgemeine Verkehrskontrolle durch und verlangt die Aushändigung der Fahrzeugpapiere.

Kurz erklärt:

§ 132 StGB erfasst die unbefugte Ausübung eines öffentlichen Amtes oder einer Handlung, die nur kraft öffentlichen Amtes vorgenommen werden darf. Eine allgemeine Verkehrskontrolle ist eine hoheitliche Aufgabe und keine private Sicherheitsbefugnis.

Frage 53

Richtig: E

- E** § 185 StGB erfasst Beleidigungen, § 186 StGB nicht erweislich wahre ehrverletzende Tatsachenbehauptungen und § 187 StGB bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen; grundsätzlich gilt eine dreimonatige Strafantragsfrist.

Kurz erklärt:

Die Abgrenzung folgt aus §§ 185–187 StGB. Verfolgt werden diese Taten grundsätzlich nur auf Antrag (§ 194 StGB); nach § 77b StGB läuft die Dreimonatsfrist ab Kenntnis von Tat und Täter.

Frage 54

Richtig: B

- B** Die Waffe wird nicht schussbereit und nicht zugriffsbereit in einem verschlossenen Behältnis von einem Ort zu einem anderen befördert.

Kurz erklärt:

§ 12 Abs. 3 Nr. 2 WaffG privilegiert das Befördern von Waffen, wenn sie nicht schussbereit und nicht zugriffsbereit von einem Ort zu einem anderen transportiert werden. Eine unmittelbar erreichbare oder geladene Waffe wird dagegen geführt.

Frage 55

Richtig: A + D

- A** Die zuständige Behörde kann im gesetzlich vorgesehenen Rahmen Ausnahmen vom Führungsverbot zulassen.
D Wer an öffentlichen Vergnügungen, Volksfesten oder ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen teilnimmt, darf grundsätzlich keine Waffen im Sinne des WaffG führen.

Kurz erklärt:

§ 42 WaffG verbietet Teilnehmern öffentlicher Vergnügungen, Volksfeste und ähnlicher Veranstaltungen grundsätzlich das Führen von Waffen; die zuständige Behörde kann gesetzlich vorgesehene Ausnahmen zulassen. Ob eine Hieb- oder Stoßwaffe offen oder verdeckt geführt wird, hebt das Verbot nicht auf.

Frage 56

Richtig: F

- F** Für eine scharfe Schusswaffe (z. B. eine Pistole im Kaliber 9 mm), die nicht unter die gesetzlichen Ausnahmeregelungen fällt.

Kurz erklärt:

Nach Anlage 2 zum WaffG bedürfen Erwerb und Besitz scharfer Schusswaffen grundsätzlich einer Erlaubnis, sofern keine Ausnahme greift. Die übrigen genannten Gegenstände sind bei Einhaltung ihrer besonderen Voraussetzungen erlaubnisfrei zu erwerben und zu besitzen.

Frage 57

Richtig: E

- E** Das Nichtmitführen der vorgeschriebenen Urkunden ist eine Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

Kurz erklärt:

§ 38 WaffG verpflichtet beim Führen zum Mitführen von Waffenschein und Ausweisdokument. Der Verstoß ist nach § 53 WaffG eine Ordnungswidrigkeit und kann mit Geldbuße geahndet werden.

Frage 58

Richtig: A + F

- A** Wenn das Reizstoffsprühgerät das vorgeschriebene amtliche Prüfzeichen trägt und die führende Person das gesetzlich erforderliche Alter erreicht hat.
- F** Wenn das Gerät als Tierabwehrspray bestimmt ist, weil es dann grundsätzlich nicht als Waffe im Sinne des Waffengesetzes eingeordnet wird.

Kurz erklärt:

Ein ausschließlich zur Tierabwehr bestimmtes Spray ist grundsätzlich keine Waffe im Sinne des WaffG. Für Reizstoffsprühgeräte zum Einsatz gegen Menschen gelten dagegen die gesetzlichen Prüfzeichen- und Altersvorgaben; ein Kleiner Waffenschein ist dafür nicht erforderlich.

Frage 59

Richtig: A + D

- A** Der Verlust einer erlaubnispflichtigen Schusswaffe.
- D** Der Verlust von Munition, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf.

Kurz erklärt:

§ 37b WaffG verpflichtet zur unverzüglichen Anzeige des Verlusts erlaubnispflichtiger Schusswaffen und erlaubnispflichtiger Munition. Eine bloße Funktionsstörung oder spätere Verkaufsabsicht löst diese Verlustmeldung nicht aus.

5 Unfallverhütungsvorschrift Wach- und Sicherungsdienste

10 Fragen

Frage 60

Richtig: B + E

- B** Die Schusswaffe ist grundsätzlich im entladenen Zustand zu übergeben.
- E** Die übernehmende Person muss den Ladezustand durch eigene Prüfung feststellen.

Kurz erklärt:

§ 21 DGUV Vorschrift 23 verlangt die Übergabe entladener Schusswaffen und eine eigene Ladezustandsprüfung durch die übernehmende Person. Auf eine bloße Erklärung des Übergebenden darf sie sich nicht verlassen.

Frage 61

Richtig: A + B

- A** Regelmäßige Meldeanrufe in festgelegten Zeitabständen zu einer ständig besetzten Stelle.
- B** Der Einsatz von Personen-Notsignal-Anlagen (PNA), die bei Ausbleiben eines willensunabhängigen Signals Alarm auslösen.

Kurz erklärt:

§ 7 DGUV Vorschrift 23 verlangt bei besonderen Gefahren eine wirksame Überwachung. Personen-Notsignal-Anlagen und feste Meldungen an eine ständig besetzte Stelle können je nach Gefährdungsbeurteilung geeignet sein.

Frage 62

Richtig: A

- A** Sie umfasst insbesondere ein von der gefährdeten Person getragenes Personen-Notsignal-Gerät sowie Komponenten zur Übertragung, Auswertung und Weiterleitung des Alarms.

Kurz erklärt:

Nach DGUV Regel 112-139 besteht eine Personen-Notsignal-Anlage nicht nur aus dem getragenen Personen-Notsignal-Gerät, sondern auch aus Übertragungs-, Empfangs- und Alarmierungskomponenten. Ein gewöhnliches Telefon oder eine reine Videoanlage bietet diese überwachte Funktion nicht.

Frage 63

Richtig: B + C

- B** Grundsätzlich dürfen nur geeignete und geprüfte Diensthunde mit Hundeführern eingesetzt werden; für reine Wahrnehmungs- und Meldeaufgaben besteht eine eng begrenzte Ausnahme.
- C** Hundeführer müssen unterwiesen sein und dem Unternehmer ihre Befähigung nachweisen.

Kurz erklärt:

§§ 12 und 15 DGUV Vorschrift 23 verlangen geeignete Diensthunde sowie unterwiesene und befähigte Hundeführer. Maulkorb, Gesundheitszeugnis oder private Erfahrung ersetzen die vorgeschriebenen Eignungs- und Befähigungsnachweise nicht.

Frage 64

Richtig: F

- F** Sie sind autonomes, für Unternehmer und Versicherte verbindliches Recht der Unfallversicherungsträger und dienen der Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren.

Kurz erklärt:

Auf Grundlage von § 15 SGB VII erlassen Unfallversicherungsträger Unfallverhütungsvorschriften als autonomes, verbindliches Recht. Ziel ist die Prävention von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren.

Frage 65

Richtig: E

- E** Erforderliche Einrichtungen, Ausrüstungen und Hilfsmittel müssen ordnungsgemäß sein, und das Personal ist in ihrer Handhabung zu unterweisen.

Kurz erklärt:

§ 10 DGUV Vorschrift 23 verpflichtet den Unternehmer, erforderliche Ausrüstung in ordnungsgemäßigem Zustand bereitzustellen und das Personal in ihrer Handhabung zu unterweisen. Die Verantwortung darf nicht pauschal auf die Beschäftigten verlagert werden.

Frage 66

Richtig: C + E

- C** Das Personal muss die erforderliche Sachkunde nach dem Waffengesetz nachgewiesen haben und regelmäßig an Schießübungen teilnehmen.
- E** Der Unternehmer muss die Ausrüstung mit Schusswaffen für den jeweiligen Auftrag ausdrücklich angeordnet haben.

Kurz erklärt:

§ 18 DGUV Vorschrift 23 erlaubt die Ausstattung mit Schusswaffen nur aufgrund einer ausdrücklichen auftragsbezogenen Anordnung. Das eingesetzte Personal benötigt waffenrechtliche Sachkunde und muss regelmäßig an Schießübungen teilnehmen.

Frage 67

Richtig: C + D

- C** Sicherungs- und Kontrolldienste im öffentlichen Personenverkehr.
- D** Sicherungs- und Ordnungsdienste in Diskotheken und bei Tanzveranstaltungen.

Kurz erklärt:

Die Durchführungsanweisungen zur DGUV Vorschrift 23 ordnen Tätigkeiten mit erhöhtem Aggressions- oder Gefahrenpotenzial als besonders gefahrgeneigt ein. Dazu zählen insbesondere Ordnungsdienste in Diskotheken sowie Sicherungs- und Kontrolldienste im öffentlichen Personenverkehr.

Frage 68

Richtig: F

- F** Der Nachweis über die erfolgreich abgelegte Sachkundeprüfung nach § 34a GewO.

Kurz erklärt:

§ 3 DGUV Vorschrift 23 verlangt die für den Auftrag erforderliche Befähigung. Ist eine Tätigkeit nach § 34a GewO sachkundepflichtig, ist der Nachweis der erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung maßgeblich.

Frage 69

Richtig: C

- C** Das Personal ist vor Tätigkeitsaufnahme und danach regelmäßig zu unterweisen; es muss die arbeitssicherheitsbezogenen Maßnahmen unterstützen und die Dienstanweisungen befolgen.

Kurz erklärt:

§ 4 DGUV Vorschrift 23 verlangt tätigkeitsbezogene Dienstanweisungen und Unterweisungen vor Aufnahme der Tätigkeit sowie in regelmäßigen Abständen. Beschäftigte müssen die sicherheitsbezogenen Vorgaben unterstützen und befolgen.

6 Umgang mit Menschen, Deeskalation und interkulturelle Kompetenz

23 Fragen

Frage 70

Richtig: D + E

- D** Beibehaltung einer ruhigen, sachlichen Stimmlage und einer offenen, nicht bedrohlichen Körpersprache.
- E** Anwendung des aktiven Zuhörens, um dem Gegenüber Wertschätzung und Aufmerksamkeit zu signalisieren.

Kurz erklärt:

Aktives Zuhören signalisiert Wertschätzung und reduziert Missverständnisse; eine ruhige Stimme und offene, nicht bedrohliche Körpersprache senken das Erregungsniveau. Provokation, Unterbrechen und demonstrative Distanzierung wirken dagegen eskalierend.

Frage 71

Richtig: A + D

- A** Wenn eine Herausforderung als bewältigbar wahrgenommen wird und die Konzentrationsfähigkeit steigert.
- D** Wenn die Stressreaktion durch ein freudiges Ereignis oder eine positive Erwartungshaltung ausgelöst wird.

Kurz erklärt:

Eustress entsteht, wenn eine Anforderung als bewältigbar und sinnvoll erlebt wird und dadurch Aufmerksamkeit oder Leistung steigt. Auch positive Erwartungen und freudige Ereignisse können eine solche aktivierende Stressreaktion auslösen.

Frage 72

Richtig: D + F

- D** Rückzug, Resignation oder Apathie können Reaktionen auf anhaltende Frustration sein.
- F** Aggressives Verhalten kann sich gegen die verursachende Person, Unbeteiligte oder Sachen richten.

Kurz erklärt:

Frustration kann nach der Frustrations-Aggressions-Hypothese aggressive Reaktionen auslösen, die sich auch gegen Unbeteiligte oder Sachen richten. Ebenso möglich sind Rückzug, Resignation und Apathie.

Frage 73

Richtig: A + C

- A** Mangelndes Wissen über kulturspezifische nonverbale Kommunikationssignale (z. B. Distanzzonen).
- C** Vorurteile und die Anwendung von Stereotypen gegenüber fremden Kulturkreisen.

Kurz erklärt:

Stereotype verzerren die Wahrnehmung des Gegenübers, während fehlendes Wissen über kulturspezifische Signale leicht zu Fehlinterpretationen führt. Empathie, Deeskalation und klare Dienstregele stabilisieren dagegen das Auftreten.

Frage 74

Richtig: A

- A** Die konstruktive Klärung von Sachverhalten sowie die nachhaltige Verbesserung der betrieblichen Zusammenarbeit.

Kurz erklärt:

Ein sachorientiertes Mitarbeitergespräch dient der Klärung von Sachverhalten, dem Austausch von Feedback und der Verbesserung der Zusammenarbeit. Es ist kein Instrument zur Machtdemonstration oder einseitigen Sanktionierung.

Frage 75

Richtig: E

- E** Sie wahrt politische Neutralität, konzentriert sich auf den Sicherheitsauftrag und kommuniziert auch bei Provokationen sachlich und wertneutral.

Kurz erklärt:

Politische Neutralität verhindert, dass die Sicherheitskraft selbst als Konfliktpartei wahrgenommen wird. Sachliche, wertneutrale Kommunikation und Konzentration auf den Sicherheitsauftrag unterstützen die Deeskalation.

Frage 76

Richtig: D

- D** Die Vermeidung einer physischen Eskalation und die Wiederherstellung einer sachlichen Kommunikationsebene.

Kurz erklärt:

Deeskalation soll eine körperliche Eskalation verhindern, Erregung reduzieren und die Kommunikation auf eine sachliche Ebene zurückführen. Sie ist keine vorweggenommene Zwangs- oder Bestrafungsmaßnahme.

Frage 77

Richtig: C + F

- C** „Welche Beobachtungen haben Sie unmittelbar vor dem Vorfall gemacht?“
F „Wie kam es nach Ihrer Einschätzung zu der Auseinandersetzung?“

Kurz erklärt:

Offene Fragen beginnen typischerweise mit Fragewörtern wie „wie“ oder „welche“ und ermöglichen eine ausführliche Schilderung. Entscheidungsfragen, die mit Ja oder Nein beantwortet werden können, sind geschlossen.

Frage 78

Richtig: F

- F** Die Mitglieder interagieren, verfolgen gemeinsame Ziele, entwickeln ein Wir-Gefühl und orientieren sich an Rollen sowie sozialen Normen.

Kurz erklärt:

Eine soziale Gruppe ist durch Interaktion, gemeinsame Ziele, Zusammengehörigkeitsgefühl sowie Rollen und Normen gekennzeichnet. Eine zufällige Menschenansammlung am selben Ort erfüllt diese Merkmale nicht.

Frage 79

Richtig: A + D

- A Es zeichnet sich durch eine realistische Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und Grenzen aus.
- D Es ermöglicht der Sicherheitskraft, auch in Konfliktsituationen souverän aufzutreten und sachlich zu bleiben.

Kurz erklärt:

Ein gesundes Selbstwertgefühl verbindet innere Sicherheit mit realistischer Einschätzung eigener Fähigkeiten und Grenzen. Dadurch kann eine Sicherheitskraft auch bei Kritik oder Konflikten sachlich und souverän bleiben.

Frage 80

Richtig: C + E

- C Sie ermöglichen es der Sicherheitskraft, gezielte Informationen schnell abzufragen oder Sachverhalte kurz zu bestätigen.
- E Sie schränken den Antwortspielraum des Befragten stark ein, da sie oft mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können.

Kurz erklärt:

Geschlossene Fragen begrenzen den Antwortspielraum und ermöglichen schnelle Bestätigung konkreter Fakten. Für ausführliche Schilderungen und die Sichtweise des Gegenübers sind offene Fragen besser geeignet.

Frage 81

Richtig: B + D

- B Ständige Zeitnot bei gleichzeitig hoher Verantwortung und Lärmbelastung.
- D Unklare Aufgabenverteilung und mangelnde Kommunikation innerhalb des Teams.

Kurz erklärt:

Unklare Zuständigkeiten, schlechte Kommunikation, Zeitdruck, hohe Verantwortung und Lärm sind typische arbeitsbezogene Stressoren. Klare Strukturen, Erholung und wertschätzendes Feedback wirken dagegen entlastend.

Frage 82

Richtig: B + E

- B Das gezielte und wiederholte Verbreiten von unwahren Behauptungen oder Gerüchten über einen Kollegen, um dessen Ansehen zu schädigen.
- E Das systematische und über einen längeren Zeitraum anhaltende Ausgrenzen eines Mitarbeiters aus der Arbeitsgemeinschaft.

Kurz erklärt:

Mobbing setzt systematische, wiederholte Anfeindung, Ausgrenzung oder Rufschädigung über einen längeren Zeitraum voraus. Einzelne sachliche Konflikte, berechtigte Kritik oder vertragsgemäße Aufgabenverteilung genügen nicht.

Frage 83

Richtig: C

- C** Aktives Zuhören, indem Inhalte sachlich paraphrasiert und wahrgenommene Gefühle angemessen gespiegelt werden.

Kurz erklärt:

Aktives Zuhören verbindet sachliches Paraphrasieren mit angemessenem Spiegeln der wahrgenommenen Gefühle. Dadurch fühlt sich das Gegenüber verstanden, Missverständnisse werden sichtbar und die Gesprächsspannung sinkt.

Frage 84

Richtig: C + F

- C** Schwierigkeiten bei der eigenständigen Entscheidungsfindung aufgrund ausgeprägter Versagensängste.
F Starke Empfindlichkeit gegenüber vermeintlicher Kritik und eine Neigung zu defensivem oder aggressivem Abwehrverhalten.

Kurz erklärt:

Geringes Selbstwertgefühl kann zu übermäßiger Kritikempfindlichkeit, defensiver oder aggressiver Abwehr und Versagensängsten bei Entscheidungen führen. Realistische Selbstreflexion und konstruktives Feedback sprechen eher für ein stabiles Selbstwertgefühl.

Frage 85

Richtig: F

- F** Die Durchsetzung einer Platzzuweisung mit körperlichen Drohgesten und verbalen Einschüchterungen.

Kurz erklärt:

Körperliche Drohgesten und verbale Einschüchterungen zielen auf Angst und Unterwerfung und sind aggressives Verhalten. Eine klare, rechtmäßige Regelkommunikation, Eigensicherung, Dokumentation oder sachliche Ankündigung weiterer Maßnahmen ist davon zu unterscheiden.

Frage 86

Richtig: C

- C** Das Streben nach sozialer Anerkennung innerhalb der Gleichaltrigengruppe (Peergroup) sowie das Austesten persönlicher Grenzen.

Kurz erklärt:

Jugendliche und junge Erwachsene orientieren sich häufig stark an ihrer Peergroup und erproben Grenzen, um Anerkennung und Status zu gewinnen. Diese soziale Dynamik kann die Risikobereitschaft erhöhen.

Frage 87

Richtig: E

- E** Wiederholte Misserfolge sowie ein dauerhaftes Erleben von Herabsetzung und Kritik durch das soziale Umfeld.

Kurz erklärt:

Wiederholte Misserfolge, Abwertung und anhaltende Kritik können eine negative Selbstbewertung verfestigen und Minderwertigkeitsgefühle fördern. Selbstwirksamkeit, Integration und bewältigte Herausforderungen wirken eher entgegen.

Frage 88

Richtig: A + E

- A Die individuelle Auswahl und Gewichtung von Informationen aufgrund persönlicher Erfahrungen und Interessen.
- E Der Standort und die daraus folgende Perspektive des Beobachters auf das Geschehen.

Kurz erklärt:

Wahrnehmung und Erinnerung sind selektiv: Erfahrungen, Interessen und Aufmerksamkeit beeinflussen, was registriert wird. Zusätzlich führt ein anderer Standort zu einer anderen Perspektive auf denselben Vorgang.

Frage 89

Richtig: A + C

- A Die Verwendung von herabwürdigenden Äußerungen, Zynismus oder Ironie gegenüber dem Gegenüber.
- C Provokative Körpersprache und das bewusste Unterschreiten der Individualdistanz.

Kurz erklärt:

Provokative Körpersprache und das Unterschreiten der Individualdistanz werden leicht als Bedrohung erlebt. Herabwürdigung, Zynismus und Ironie greifen die Beziehungsebene an und verstärken den Konflikt.

Frage 90

Richtig: D

- D Die Verbesserung des Arbeitsklimas und die Steigerung der Motivation durch konstruktives Feedback und Zielvereinbarungen.

Kurz erklärt:

Strukturierte Mitarbeitergespräche dienen konstruktivem Feedback, Zielvereinbarungen, Motivation und besserer Zusammenarbeit. Einseitige Kontrolle oder Machtdemonstration verfehlt den Zweck der Personalentwicklung.

Frage 91

Richtig: B

- B Eine realistische Einschätzung eigener Fähigkeiten und Grenzen sowie Erfahrungen von Selbstwirksamkeit durch bewältigte Herausforderungen.

Kurz erklärt:

Ein gesundes Selbstwertgefühl wächst durch realistische Selbsteinschätzung und durch Erfahrungen, schwierige Aufgaben aus eigener Kompetenz bewältigen zu können. Dominanz, Emotionsunterdrückung und reine Rollenidentifikation schaffen dagegen keine stabile innere Sicherheit.

Frage 92

Richtig: D + F

- D Persönliche Beleidigungen und unsachliche Vorwürfe.
- F Provokative Mimik und herabwürdigende Gesten gegenüber dem Aggressor.

Kurz erklärt:

Herabwürdigende Gesten und persönliche Beleidigungen verstärken das Bedrohungs- und Gesichtsverlustgefühl des Gegenübers. Aktives Zuhören, angemessene Distanz und lösungsorientierte Alternativen wirken dem entgegen.

7 Grundzüge der Sicherheitstechnik

8 Fragen

Frage 93

Richtig: A + E

- A Übergeordnete Schlüssel können in einer hierarchischen Anlage mehrere unterschiedliche Zylinder schließen.
- E Die Schließberechtigungen der verschiedenen Schlüssel werden in einem Schließplan festgelegt.

Kurz erklärt:

Ein Schließplan ordnet jedem Schlüssel seine Berechtigungen zu; hierarchische Anlagen ermöglichen, dass Haupt- oder Gruppenschlüssel mehrere verschiedene Zylinder schließen. Eine solche Struktur ist auch rein mechanisch möglich.

Frage 94

Richtig: C + E

- C Eine stabile Umzäunung mit geeignetem Übersteigenschutz als mechanische Barriere.
- E Eine Perimeter-Überwachungsanlage mit Video-Sensorik und Aufschaltung auf eine Notruf- und Serviceleitstelle (NSL).

Kurz erklärt:

Die Umzäunung erschwert das Eindringen physisch, während die Perimeteranlage einen Versuch elektronisch erkennt und meldet. Dienstanweisungen sind organisatorische Maßnahmen und ersetzen keine mechanische oder elektronische Sicherung.

Frage 95

Richtig: C

- C Es identifiziert und authentifiziert Personen, prüft Berechtigungen, steuert Zutritte zeitlich und räumlich und protokolliert die Vorgänge.

Kurz erklärt:

Ein Zutrittskontrollsystem prüft Identität und Berechtigung und setzt diese nach Ort und Zeit um; zugleich protokolliert es Zutrittsvorgänge. Strafprozessuale Maßnahmen oder der vollständige Ersatz mechanischer Barrieren gehören nicht zu seinen Funktionen.

Frage 96

Richtig: D

- D Die Sende- und Empfangsfähigkeit wird durch eine Sprechprobe geprüft; zusätzlich wird der Akkuladezustand kontrolliert.

Kurz erklärt:

Vor Dienstbeginn müssen insbesondere Sende- und Empfangsfähigkeit sowie der Akkuladezustand geprüft werden. Ein bloßes Einschalten oder eine reine Sichtkontrolle belegt die tatsächliche Funkverbindung nicht.

Frage 97

Richtig: B

- B** Die Bildung von Brandabschnitten durch die Errichtung von Brandwänden.

Kurz erklärt:

Brandwände und Brandabschnitte sind Bestandteile der baulichen Struktur und gehören zum baulichen Brandschutz. Brandmeldeanlagen und Feuerlöscher sind anlagentechnische, Brandschutzordnungen organisatorische Maßnahmen.

Frage 98

Richtig: B

- B** Sie dient der Auswertung eingehender Meldersignale sowie der Steuerung und Überwachung der angeschlossenen Komponenten und der Alarmierung.

Kurz erklärt:

Die Einbruchmeldezentrale nimmt Meldersignale auf, bewertet sie, überwacht angeschlossene Komponenten und löst die vorgesehene Alarmierung aus. Mechanische Verriegelung oder Brandlöschung sind nicht ihre Hauptfunktion.

Frage 99

Richtig: C + D

- C** Die hohe Wärmebindungskapazität, die dem Brandgut thermische Energie entzieht (Abkühlungseffekt).
D Die Herabsetzung der Temperatur des brennbaren Stoffes unter dessen Entzündungstemperatur.

Kurz erklärt:

Wasser nimmt viel Wärme auf und kühlt das Brandgut dadurch unter seine Entzündungstemperatur. Der antikatalytische Effekt ist typisch für andere Löschmittel; elektrische Leitfähigkeit ist kein Löschvorteil.

Frage 100

Richtig: A + E

- A** Bestehende Sicherheitssysteme lassen sich häufig flexibler erweitern oder nachrüsten.
E Der Installationsaufwand kann insbesondere in baulich sensiblen Objekten geringer sein, weil weniger Leitungswege benötigt werden.

Kurz erklärt:

Funktechnik erleichtert häufig Erweiterung und Nachrüstung und kann den Installationsaufwand verringern, weil weniger Leitungswege benötigt werden. Reichweite, Abschattung, Störanfälligkeit und Energieversorgung müssen dennoch geprüft werden.

Vom PDF zum gezielten Training

Ein PDF eignet sich gut zum ersten Durcharbeiten. Für nachhaltiges Lernen brauchst du zusätzlich Rückmeldung, Fortschrittsmessung und gezielte Wiederholung deiner Fehler.

Kostenloser Fragenkatalog

Weitere prüfungsnahe Fragen direkt im Browser beantworten und mit Erklärungen prüfen.

34a Master Lernplattform

Fortschritt speichern, Fehler wiederholen, Lernmodule bearbeiten und schriftliche sowie mündliche Prüfungen simulieren.

Interaktiv üben: 34a-master.de/34a-pruefungsfragen

§ 34a GewO: gesetze-im-internet.de/gewo/_34a.html

Bewachungsverordnung: gesetze-im-internet.de/bewachv_2019/

Fachlicher Prüfstand: 23. Juli 2026